

9.1.78

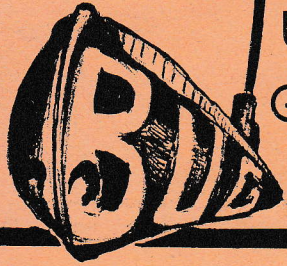
1004

BERLINER
UNDOGMATISCHE
GRUPPEN

0.50 DM

brd 0.70

wöchentlich



Herunter von dem
Turm der Angst
steigen wir
in das Schiff
der Entschlossenheit

Wir sind für euch draßen. Ihr seid für uns drinnen!!
3 AGIT-Drucker seit über 2 Monaten i U-Haft

Die Drucker der Agit-Druck-Kollektive sind nun schon seit 3 Monaten i U-Haft. Das Agit-Solidaritätskomitee, das sich kurz nach ihrer Verhaftung gebildet hat, hält es für wichtig, daß die Solidarität mit den Inhaftierten nicht einschlafft. Deshalb wollen wir im folgenden nochmal über das berichten, was bisher gelaufen ist und welche Perspektiven sich daraus ergeben, um die Freilassung der Drucker zu erreichen

Chronologie der bisherigen Ereignisse

17.10.77 Durchsuchung von 38 Wohnungen und Buchläden in Berlin; Verhaftung von Gerhard Foß in der Agit-Druckerei. Am gleichen Tag Verhaftung von Henning Weyer in der Nacht zum 18.10. an der Grenze Dreilingen bei seiner Rückkehr aus Westdeutschland.

18.10.77 Verhaftung von Martin Beikirch auf seiner Arbeitsstelle (er war vor ca. 3. Monaten bei Agit-Druck ausgeschieden).

23.10.77 GroBrazzia der Bullen in den Räumen von Info

26.10.77 Verhaftung von Jutta Werth (sie war im Sommer bei Agit-Druck ausgeschieden) auf dem Postamt

27.10.77 Haftprüfungstermin von Gerhard Foß, der weiterhin in Haft bleibt.

28.10.77 Haftprüfungstermin von Henning Weyer; während der Verhandlung wurde der Haftprüfungstermin zurückgezogen.

31.10.77 Haftprüfungstermin von Martin Beikirch mit dem Ergebnis, daß ihm gegen 10.000 DM Kaution und Hinterlegung des Reisepasses Haftverschonung gewährt wurde. Außerdem wurde gegen 11 Leute Ermittlungsverfahren eingeleitet, u.a. gegen die Geschäftsführer 3 Berliner Buchläden.

Gegen die vier Drucker der Agit-Druckerei, die in ihrem Betrieb Druckarbeiten für BI's, Stadtteilgruppen, GEW-Kirchengruppen, Anti-AKW-Initiativen und andere Projekte ausführen, wird wegen Unterstützung einer "terroristischen Vereinigung" nach § 129a ermittelt. Es wird behauptet, daß die Agit-Drucker dies durch den Druck des Info Bug gemacht haben, weil in diesen u.a. Erklärungen der RAF, Bewegung 2. Juni und RZ's dokumentiert wurden, sowie Artikel, die dazu Stellung bezogen. Durch den Versuch, den 129a erstmalig für Drucker anzuwenden, wird nicht nur die technische Herstellung einer Zeitung wie das Info als Unterstützung von "terroristischen Gruppen" gewertet, sondern auch der Spielraum im Strafmaß - z.B. gegenüber § 88a - nach 3 Jahren Höchststrafe auf 5 Jahre Höchststrafe angehoben.

Im wesentlichen läuft die Argumentation der Staatsanwaltschaft auf folgendes hinaus:

Nach einer Diskussion im Agit-Druck-Kollektiv hat es folgende Stellungnahme abgegeben: "...Weiterhin erklären wir, daß eine derartige Zensur eine politische Entmündigung der Lingen bedeutet. Zensurparagrafen bekämpft man nicht durch Selbstzensur." (abgedruckt im Info-Bug Nr. 166)

Dies wird von der Staatsanwaltschaft als Identifikation mit den Inhalten der von ihnen gedruckten Zeitung Info Bug ausgelegt, im besonderen natürlich mit dem Teil des Inhalts, auf den sich die Anschuldigung beziehen.

In den Vernehmungen der 3, die bisher stattgefunden haben, behauptet die Staatsanwaltschaft, es müßten engere Kontakte bzw. ein Zusammenhang zwischen der Info-Redaktion und Agit-Druck bestanden haben und verlangt daher von ihnen die Namen der angeblichen Info-Redaktionsmitglieder. Die Konzeption des Infos beruht aber nicht auf einer festen Redaktion, sondern, soll von allen möglichen Berliner Gruppen gemacht und getragen werden. Auch die Konstruktion dieses Zusammenhangs soll die Identifikationsthese der Staatsanwaltschaft bestätigen.

Weiterhin hätten sich die Drucker dadurch verdächtig gemacht, daß sie zu einem Zeitpunkt bei Agit-Druck anfangen zu arbeiten, als die Druckerei hoch verschuldet war, also ein Gewinninteresse nicht bestanden haben können. Fazit: Wer nicht aus Gewinninteresse handelt, macht sich verdächtig!

Gerhard Foß und Henning Weyer sitzen in Moabit Jutta Werth im Frauengefängnis in der Lehrter Str. in U-Haft. Das heißt:

- 1/2 Std. - täglich Hofgang mit anderen Gefangenen
- die übrigen 23/2 Std. verbringen sie in Einzelzellen
- keine Gemeinschaftsveranstaltungen wie Kirchgang (es gibt dort sonst keine anderen Gemeinsh. Veranst.)

- Überwachung der 14-tägigen Besuche durch 2 SS-Schützer
Zensur oder Nichtaushändigung von linken Zeitungen

In der ersten Zeit haben die drei von vielen Leuten Post bekommen, was leider nachgelassen hat. also Leute schreibt; zumal es Jutta und Henning gesundheitlich miß geht.

Der Ermittlungsrichter für die Agit-Drucker ist Herr Bräutigam, der spätestens seit dem 2.11.74 in der Springer-Zeitung 'Berliner Morgenpost' und dem Pseudonym Georg Riedel justizpolitische Kommentare veröffentlicht. Wie erst jetzt bekannt wurde. In seinen Kommentaren argumentiert er mit dem Grundsatz, Kritik an den herrschenden Verhältnissen nachhaltig liquidieren zu wollen und setzt sich für Verschärfungen im Justizbereich ein, die besonders die sog. "Terroranwälte" Berliner Kammergericht wurde, kann er seine Überzeugung zur Tat werden lassen.

Seine bisherigen Taten:

- persönlich eingeleitete Strafverfahren gegen die Sitzgelegenheiten in einer Buback-Schweigeminute;
- Hausdurchsuchung bei RA Ströbele;
- Verhaftung der Agit-Drucker;
- Beschluß des eingeschränkten und vorläufigen Berufsverbots gegen RA Spangenberg.

RA Spangenberg hat den Ermittlungsrichter wegen der Besorgnis der Befangenheit abgelehnt. Für das Verfahren gegen die Agit-Drucker bietet sich das gleiche an.

Die Solidarität mit den Agit-Druckern zeigte sich bisher in vielfältigen Aktivitäten:

- Teilnahme von mehr als 5000 Leuten an einer Potest demo für die Agit-Drucker.
- Solidaritätserklärung des VLB (Verband linker Buchhändler, Verlage, Betriebe u. Druckereien Berlin)
- Herausgabe einer Dokumentation zur Staatsschutzaktion gegen Info Bug und das Agit-Druck-Kollektiv von Berliner Alternativzeitungen

Als Zeichen ihrer Solidarität lassen viele Gruppen der Kirche, Gewerkschaft und andere ihre Flugblätter und Zeitungen bei Agit drucken. Auf Versammlungen, Arbeitsgruppen und sonstigen Anlässen werden Solidaritätserklärungen mit größter Mehrheit verabschiedet und durch Spenden die Arbeit des Komitees unterstützt.

Agitpostkarten sind weggegangen wie warme Semmeln. Die Stellungnahme des SK mit den Forderungen nach sofortiger Freilassung der Drucker, Einstellung aller laufenden Ermittlungsverfahren und für uneingeschränkte Presse- und Meinungsfreiheit wurden unterschrieben von:

Kollektiv Tom-Weissbecker-Haus, Frauengruppe "Anderer Laden" BI Energieplanung und Umweltschutz, Asta-PH, Red. Chamissbladen/blatt, Häftlingskollektive, Arbeitstreff AEG Brunnenstr. Alternative eco Verlag Zürich, KG KSV, Georg v. Rauch-Haus, RH, Kreuzberger Frauengruppe, Rote Krallen, Hellmut Lessing, U Preuss-Lausitz, Randolf Lochmann c.H. Bahnbüro wiss. Ass.

Einige Erklärungen zu den Verhaftungen und Hintergründen gaben ab:
ESG - Berlin Sozialistische Zeitschrift für Kunst und Gesellschaft Berlin, Asta-PH, Trotzlistische Liga, Berliner Hefe - Zeitschrift für Kultur und Politik

Die GEW-Berlin unterstützt in einer Entschloßung die Forderung nach sofortiger Freilassung der Agit-Druck

Radikal, Weddinger neue Zeitung u.a. Alternativzeitungen berichteten ausführlich.

Mit Ständen und Flugblättern wurde versucht im Stadtteil Öffentlichkeit herzustellen

Eine Initiativgruppe hat eine Broschüre mit 11 Plakaten und Texten herausgegeben. Die Broschüre kosten 6 DM, wovon für die Anwaltskosten bestimmt sind. Erhältlich in allen guten Buchhandlungen

Um die Freilassung der 3 Drucker und die Aufhebung der Haftbefehle und der laufenden E-Verfahren zu erreichen, müssen die o.g. Aktivitäten weiterhin verstärkt werden. Kurzfristig wollen wir unsere Arbeit auf den Stadtteil konzentrieren. Im Januar, wenn die nächsten Haftprüfungstermine sind, sollen weitere Aktivitäten laufen. Wir haben schon ein paar gute Ideen

Das Agit-Solidaritätskomitee versorgt euch gerne mit Flugblättern und Plakaten. Außerdem könnt ihr bei der Berliner Medienoperative, Pflaistr. 8, 1 Berlin 30, einen Video-Film über die Maßnahmen der Staats- und Justizorgane gegen Agit von ca. 30 min ausleihen

Bisher wurden ungefähr 3.200 DM gespendet, davon sind 1600 für die Gefangenen ausgegeben worden (Radios, Fernseher, Einkaufsgeld); außerdem müssen noch Flugblätter und Plakate bezahlt werden. Wir brauchen natürlich auch weiterhin Spenden zur Unterstützung der Drucker und unserer Arbeit.

Spendenkonto: Sonderkonto D! Krauss. PScha Berlin Nr. 372387 -105, Stichwort AGIT

Hennrich Weyer u. G. Foß 13.11.77, Jutta Werth 18.11.77, Martin Beikirch 31.10.77
DIESE SEITE IST WICHTIG!
AGIT Solidaritätskomitee 1 Berlin 61 Mehringdamm 99

SZENE

(2)

Im BUG 1003 sprach ein Leichtsinniger von Grundsätzen, die jede Gruppe, die das BUG macht, mal aufschreiben sollte. Wir die Bürgerinitiative Pressefreiheit haben uns daraufhin zusammengesetzt und unsere Linie mit einer ultimativen Forderung verknüpft

Here it is !

An
Bundeskanzler
Helmut Schmidt und
Staatsratsvorsitzender (oder ähnlich und mehr)
Erich Honecker



Wir fordern euch, die Schmidt/Honecker -Bande, auf, uns bis zum nächsten Sonntag ein 50 x 50 qkm großes Land in Schleißweig Holstein mit Zugang zum Meer zu schenken. Bedingung ist, daß es sich um ein landwirtschaftlich nutzbare Gegend handelt; ohne Kernkraftwerke versteht sich. Wir wollen auch noch das Segelschiff der Bundesmarine haben, und die 12 Meilen-Zone garantiert.

Gott, Fock

Wenn ihr unsere Forderung nicht erfüllt, dann seht ihr alt aus. Den kleinen oder großen Krisenstab einzuberufen, nützt dann auch nichts mehr. Solltet ihr dem Wahnsinn verfallen, uns zu widersprechen, sind wir leider gezwungen, den Menschen unsere Vorstellungen von Leben überall herumzuposaunen. Euch einen kleinen Überblick zu verschaffen, was da alles auf euch zukommen wird, bringen wir einen kleinen Überblick von unserer Leben. Also seid schlau und verkündet am nächsten Sonntag in der Tagesschau um 20 Uhr eine frohe Botschaft für uns. Und keine Mäßen - und erst recht keine Hinhaltmanöver - Wischniewski wird als Unterhändler abgelehnt.

Hier ist das Deutsche Fernsehen mit der Tagesschau. Eine Gruppe unbekannter....



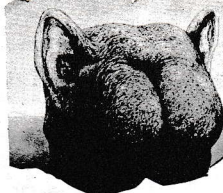
Wie euch eure Staatsschutzorgane haben wissen lassen, gibt es da doch einige Leute, die den Kapitalismus abschaffen wollen. Dort, wo er verschwunden ist, scheint sich das Neue nicht so recht durchgesetzt zu haben. Wir meinen, daß es müßig ist den Kapitalismus abzuschaffen - schon viele wackre, ehrliche und wo Genossen haben sich daran aufgerieben.

Aus diesem Grunde werden wir die Menschen auffordern, alles Geld einzusammeln und dann zu verbrennen bzw. einzuschmelzen. Damit die Banken kein Bargeldloses Geld hin und herschieben können, werden wir die Bankensalter in Gemüsehallen umwandeln, wo biologisch angebautes Grünzeug verschenkt wird. Weil das ein tiefer Einschnitt in die neue Gesellschaft ist, werden die Aktien, Pfandbriefe, Sparbücher, Geld und sonstige Zertifikate in einem großen Festakt in gasförmige Bestandteile verwandelt. Das Feuer soll nicht ausgehen, bis der letzte Besitzerschein in Flammen aufgegangen ist.



Viele Dinge, wofür wir uns heute einsetzen, lösen sich von selbst. Keiner kann mehr Mieten zahlen, O-Tarif ist unumgänglich. Keiner ist mehr in der Lage, liebe Menschen mit Forderungen und Mahnungen zu pisacken. Es ist niemand mehr da, der Rechnungen schreibt und Steuern eintreibt.

Im Winter, wenn das Eis am Fenster gefriert, werden den Duden und die Gesetzbücher verheizt, vorneweg das BGB und die FDGO. Wir lassen uns nicht von der FDGO verheizen - machen wir es umgekehrt.



Ich bin die Gesellschaft
lieber Schwaben
schmeiß die Uni hin
da ist eh nichts drin

Die alte Gesellschaft ist voll hierarchisiert mit Obermackern, Untermackern und solchen die gar nichts zu sagen aber sich das Leben trotzdem schwer machen. Sie - die Gesellschaft - basiert auf Triebverzicht und Ein-Und Unterordnung. Aus diesem Grunde kaufen die Leute auch jeden Scheiß, um sich wenigstens ein Teil des Lebens zurückzuholen. In unserer Gesellschaft braucht man kein dickes Auto oder Plastikparfüm um anderen zu imponieren. Gesteuertes Moderverhalten, die Sucht nach elektronischen Geräten von Stereolagen bis hin zu schicken Rasierapparaten wird sich in Luft auflösen. Musik werden wir selber machen. Türschlösser, Zäune, Stacheldraht, Waffen, Autos und der sonstige Konsumscheiß braucht nicht mehr produziert zu werden, woraus folgt, daß die noch notwendige Arbeit von allen gemeinsam locker und flockig durchgeführt werden kann.



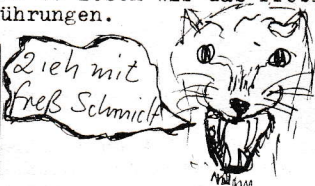
Da es bestimmt auch kein Fernsehen und kein Kino mehr geben wird, sind wir auf unsere Träume angewiesen. Sie sind ohnehin viel phantasiereicher und schöner als die öden Holliwudschoten. Jeder soll also ungestört bis zu Ende träumen. Hier stören natürlich die tickenden Monsterwecker, die uns gequält haben, von Tage an, als wir regelmäßig irgendwo hin mußten. Falls jemandem was besseres einfällt, soll er es sagen, ansonsten werden wir die Wecker aneinanderschweißen, daß das Gebilde nachher aussieht wie ein riesiger Drachen, auf dem die Kinder spielen können. Zeit spielt jetzt keine Rolle mehr und kann abgeschafft werden. Pässe, Ausweise und Zeugnisse sind Dinge, mit denen die Sesselfurzer (Beamte usw.) ihre Existenzberechtigungen herleiten. Wenns das auch nicht mehr gibt, müssen auch die endlich mal arbeiten. Überlegt mal, wo Menschen überall sinnlos beschäftigt werden: in Versicherungen, Krankenkassen, Altersheimen, Gefängnissen, Arbeitgebervereine, Gewerkschaften, Parteien und was weiß der Geier.

Unsere ökologische Fraktion wird alle Fernstraßen und Autobahnen mit Moos und Bäumen bepflanzen. Wer nach Griechenland fahren will, soll die Bahn nehmen oder zu Fuß gehen. Auch die Kraftwerksbetreiber bleiben nicht ungeschoren. Den Strom, den wir noch brauchen, erzeugen wir mit Wind und Sonne. Alles was gesperrt werden kann, wird gesprengt. Um die Kernkraftwerke, die einmal laufen sind, müssen Minister, KKW-Bauer und DGB-Bonzen, sowie die Helfershelfer der drei genannten, mit denen noch vorhandenen Abrissmaschinen die häßlichen Bürohochhäuser abreißen oder sprengen und riesige Schutzwälle um die stillgelegten AKW's errichten. Anschließend wird der etwa 300 m Höhe künstliche Berg rekultiviert.

Weil wir gemerkt haben, daß Kindergärten und Schulen in der herkömmlichen Art die Kinder eigentlich nur kaputt machen, werden wir auch sie nicht aufrechterhalten. Wissensvermittlung machen wir anders. Eine besondere Freude haben wir, wenn wir der blutsaugende Sekte, nämlich den Militärs, den Garaus machen. Wir lassen Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaftsdienststrage zusammen mit BGS und Bullen ohne Rangordnung Hochöfen mit Filteranlagen und Fernwärmenetz bauen, in denen alle Waffen und Orden eingeschmolzen werden müssen. Auf den Uniformen, die besser nicht weggeschmissen werden, weil es sich meist um gute Stoffe handelt, müssen freakhafte Blumenstickerei oder so angebracht werden. Gibt's kein Militär, gibt's keine Zucht. Alle Schowies kriegen eine Umerziehung.

Schmeiß das raus !!

Daß Tiere im Zoo eingesperrt werden, ist eine Per-
version sondergleichen. Die Pflanzenfresser werden,
wenn sie wollen, sofort gleich freigelassen. Die Tie-
re, die große Beißerchen haben und auch Menschen fressen,
werden von Flugzeugen in ihre Heimatländer
zurückgebracht. Danach suchen wir uns eine unbewohn-
te Felsschlucht, in die wir die Jets ferngesteuert
hinfliegen lassen. So lösen wir das Problem mit
den Flugzeugentführungen.



WIRKLICH GANZ
ERSTAUNLICH! SIE
MÜSSEN MIR UN-
BEDINGT DAS
REZEPT
GEBEN!

Psychoterror mögen wir auch nicht mehr. Der Abwasch
wird von allen gemacht. Weg mit Flöhen, Wanzen, Wan-
zen, Fußpilz, Holzwürmern, Süßflis, Tripper und schweiß
fettigen Haaren. Auch Aldi wird seinen Betrieb
einstellen müssen; den Plastikfraß wollen wir auch
nicht geschenkt. Kriegen wir kein Plastik mit Ben-
zolsäure und Quecksilber mehr zu fressen, und haben
kein Streß mehr, können wir auf die Arznei-
mittel verzichten. Die Natur hat genug Sachen, um un-
sere kleinen Wehwechen zu lindern. Ach ja, die Kiffer-
fraktion besteht auf freies Dope für alle, obwohl
sie drauf besteht, daß Dope so geschrieben wird:
Doup - Ich halte das aber für Unsinn. Auch die Sufi-
liga möchte Schnapps brennen, soviel sie will.

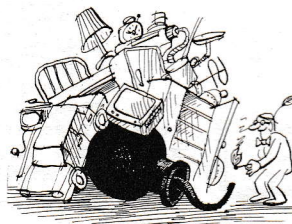
Das Bundeskriminalamt, Verfassungsschutz, Militäri-
scher Abschirmdienst, CIA usw. verwandeln sich in
Nudistenvereine ohne Satzung. Der Liebe Gott hat in
der Menschheitsgeschichte keine gute Rolle gespielt.
Entweder zieht er sich freiwillig zurück, oder wir
werden uns der Sache ernsthaft annehmen. Ob wir
Zeitungen brauchen, ist ungewiß. Wer Zeitungen macht
oder intensiv liest, kriegt zuviel Wissen; wer zuviel
weiß, kriegt Macht und wenn Leute Macht bekommen,
können wir wieder von vorne anfangen. Zweierbeziehun-
gen sind in unserer Welt eigentlich scheiße. Sie
strukturieren eine Gruppe sehr stark und schließen
andere aus. Mal kucken, ob es auch ohne sie geht.
Im Sommer, wenn es schön warm ist, laufen wir nur
nackt herum; Toiletten und Badezimmer sind so ange-
legt, daß gemeinschaftliches Baden und kacken
möglich ist.



Schwupp - der Traum ist aus, Wir hoffen daß euch
das Lesen Spaß gemacht hat und der Platz den wir
gebraucht haben es 'wert' war. Seht mal zu, wir
versuchen es auch, euch Schritt für Schritt das
Paradies hier und irgendwo ranzuholen. Die, die
nach uns kommen, sind sicher froh, wenn wir nicht
mehr so kaputt (im weiteren Sinne) sind



Viva
die templers



BUG - Beirat

Nachdem der Staatsapparat unser INFO
zerschlagen und die Überlebenden über
eine Nachfolge diskutierten, kam der
Gedanken sich einen Beirat anzuschaf-
fen. Doch da war keiner der ehrenwer-
ten Professoren mit linkstatsche, die
bei uns Beirat werden wollten.

Also machten wir eine spiritistische
Sitzung und fragten an, ob die oben
abgebildeten Herren- und Damenschaften
nicht in unseren Beirat eintreten
wollten, um uns einen seriösen An-
strich zu geben und die Angriffe des
Staatschutzes schwieriger zu machen.
Che Guevara und andere Widerstands-
kämpfer erklärten, das sei Humbig und
außerdem seien sie gerade stark be-
schäftigt, um im Himmel Revolution zu
machen.

Neues aus aller Welt

Bulle stürmte auf Hubschrauber los

Cuxhaven (dpa). Einen gerade landenden
Hubschrauber wollte ein schwerer
Bulle am Freitag in Cuxhaven auf
nehmen. Der Bulle schickte sich in
einer Metzgerei in Cuxhaven losgerissen
hatte und sich auf Bahnschienen stadteinwärts
bewegte, bedrohte zunächst einen Bahnwärter.
Dieser versuchte den Bullen von den Gleisen
zu vertreiben. Das gelang aber nicht. Auf dem
Flugplatz angelangt, jagte der Bulle auf den
gerade aufsetzenden Hubschrauber zu. Mit
einer Maschinengewehrsalve brachte die Poli-
zei den Bullen schließlich zur Strecke.

=Zensur



Wegen Einbruchs ermittelnder Kriminalbeamter von Hund gebissen

Aus einer Villa in der Pacelliallee stahlen
Einbrecher am Freitagabend Gegenstände im
Werte von etwa 30.000 Mark. Die Täter waren
in die Villa eingedrungen, obwohl das Haus
direkt neben dem Polizeirevier 164 liegt. Als
ein Kriminalmeister die Ermittlungen am Tat-
ort begann, wurde er von dem Hund des Ge-
schädigten gebissen. (Tsp)

Auch Hunde wissen was
sich gehört



Aus Bremen schickten uns die Info-Leute den nachfolgenden Beschlagnahmebeschuß zu. Irgendeiner behauptete mal, daß erst durch den Schnitt bei einer Krebsoperation die Metastasen entstehen, die noch viel gefährlicher — 4 — sind. Machen wir es wie der Krebs, wenn der Staatsschutz meint uns zu schneiden. Verbreiten wir uns überall...

INFO No. 10 beschlag-nahme!!

- Abschrift -

Aktenzeichen 91 b Ge 1961/77

Beschluß

in dem Ermittlungsverfahren gegen

UNBEKANNT

wegen Verunglimpfung des Staates u.a.

Auf Antrag der Staatsanwaltschaft wird gemäß §§ 111 b, 111 a StPO die Beschlagnahme des Druckwerks:

"INFO Bremer Undogmatischer Gruppen" vom 24. November 1977 **No. 10**

angeordnet, da das Druckwerk der Einziehung gem. § 74 d StGB unterliegt. Das Druckwerk hat einen solchen Inhalt, daß jede vorsätzliche Verbreitung in Kenntnis seines Inhalts den Tatbestand eines Strafgesetzes verwicklicht, und zwar:

1. Auf Seite 1 und 10 ist der getötete H.H. Schleyer abgebildet. Durch die Fotomontagen in denen er mit dem Bundesadler und einem Revuegirt in Verbindung gebracht wird, soll er verächtlich gemacht werden, weshalb der Tatbestand der Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener (§ 189 StGB) erfüllt ist.

2. Durch das auf Blatt 7 befindliche Bild wird der Bundespräsident verunglimpt (§ 80 StGB)

3. Auf Seite 10 wird öffentlich zu Straftaten aufgefordert und zwar durch die Sätze: "...da: was ihr speißt, gibt's in großen Lebensmittelketten (Supermärkten) umsonst. 4-6 Leute, 2-3 Einkaufswagen-gleich 2-3 Leute ein E-Wagen. Seife, Klopapier in den E-Wagen Kaffee, gute Wurst und Käsewaren in die Taschen. Die 2-3 E-Wagen Gruppen sollten nicht miteinander reden, aber in der Regel immer in mittelbarer Nähe bleiben. Ein wichtiger Punkt bei den Kaufhäusern ist, daß ein Kunde dem anderen Kunden mißtraut, also wenn wir nach außen so tun als mißtrauen wir uns-und uns aber praktisch vertrauen und einsacken - klapppts.

"- noch eine Variante: mittlere und gehobene Speiselokale aussuchen: Telefon:



Dr! Pahlke, Dipl. Ing. bei der NWK: Guten Tag Mein Sohn möchte anlässlich seines bestandenen Exams ein Essen geben. Bestellen sie ihm, daß die Rechnung nicht 800.- DM überschreiten soll. Die Rechnung schicken sie bitte an die Anschrift: Gerhard Pahlke, Grasweg 8, 2 Hamburg 60, Telefon 4484391

Termin:

Und dann gehen wir mit 5-10 Leuten speiden. Vernünftige Klamotten - richtig schön Theater. So, nachdem wir gut für unseren Leib gesorgt haben, ist die Seele dran."

Durch die angeführten Sätze wird öffentlich zur Begehung von gemeinschaftlichem Diebstahl und Betrug aufgefordert.

4. Auf Seite 16 wird durch den Artikel: "Die Anwendung der Folter an Politischen Gefangenen in der BRD läßt uns erkennen, daß die Morde keine Selbstmorde sind," insbesondere durch die Sätze: "in dem Maße also, wie körperliche Züchtigung und "offizielle Todesstrafen in den Hintergrund trat, wurde Isolation, sensorische Deprivation und deren Auswirkungen perfektioniert und verwissenschaftlicht. Durch diese verwissenschaftlichung wurde in den Gefängnissen der BRD eine legalisierte Folter eingeführt". der Staat verunglimpt (§ 90a StGB)

5. Auf Seite 18 wird durch den Artikel "Neuer Faschismus und Bock" die Bundesrepublik Deutschland als ein faschistischer Staat und damit als Unrechtsstaat bezeichnet. Auch insoweit liegt danach eine Verunglimpfung des Staates gem. § 90a StGB vor.

6. Auf Blatt 20 ist der Kopf des Bundestags-abgeordneten Strauß abgebildet, der durch Fotomontage in Beziehung zu einer Nazi-uniform gesetzt wird. Hierdurch wird eine Person des öffentlichen Lebens verleumdet (§ 187 a StGB)

Die Einziehungsvoraussetzungen liegen vor, weil das Druckwerk zur Verbreitung bestimmt und auch am 7.12.77 im linken Buchladen, Sielwall 7 verbreitet worden ist. Die Seiten 3-6, 11-14, 21-24 des Druckwerks sind von der Beschlagnahme ausgeschlossen.

Bremme den 12. Dezember 1977

Das Amtsgericht

gez. Reincke

verantwortlich im Sinne der Presse-rechts: gustav weber, tinsdaler kirchenweg, 2000 hamburg 56

Reinlecke hält sich für einen Fuchs!!



WAS RECHTS IST
SOLL RECHT BLEIBEN!



WAS RECHTS IST
SOLL RECHT BLEIBEN!



WAS RECHTS IST
SOLL RECHT BLEIBEN!

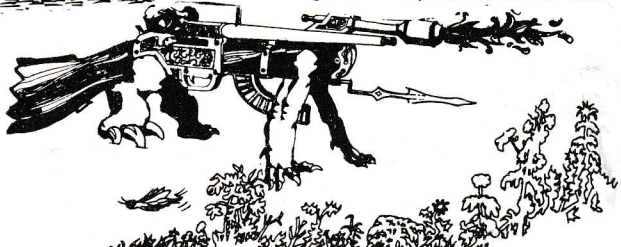
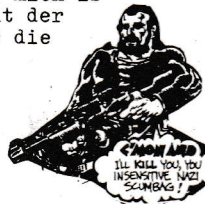


der brief des militanzflippers kam anonym per post in unsere redaktion

der brief des militanzflippers kam anonym per post und unsere reaktion darauf war ziemlich unterschiedlich. sie reichte von papierkorb bis abdrucken. wir haben uns entschlossen diesen artikel nun doch abzu drucken und setzen uns im anschluss damit auseinander. vorneweg sei nur gesagt, daß wir eine dermaßen unso lidarische und diskussionsweise unter LINKEN beschiss en finden. und zum formalen: wir wissen nicht, wie staatschutz und co auf solche artikel reagiert. du der du dich orca den killerwal nennst, hast dich fein rausgehalten, so militant du auch sein magst. wir hoffen, daß du dem verantwortlichen falls er einfährt wenigstens ein paar blumen in den knast schickst. um deinen einwand zu entkräften, wir könnten das BUG wie eh und je anonym rausbringen, finden wir deshalb nicht gut, weil wir meinen 4 drucker im knast sind genug, es ist ein unkontrollierbares risiko für alle beteiligten (Vertreiber usw.). zum anderen meinen wir, da ein bug wie das info gelaufen ist einfach nicht mehr laufen kann, es bliebe die alternative konspi info. ein konspi info kann aber auch nur die totalen insider erreichen, d.h. eine einigermaßen breite diskussion innerhalb der linken kann so schon gar nicht laufen. ich finde aber, daß der vorschlag von dir, außer dem bug noch ein konspi-info rauszubringen, und so die spaltung endgültig zu vollziehen uns allen anlaß zu weiteren diskussionen gibt, denn für mich ist das bug wie es bisher läuft noch lange nicht der endgültige oder richtige weg eine zeitung für die undogmatische linke zu machen.

brief eines militanzflippers

mit dieser linken gehts ständig bergab, dieser beschissene entwicklungsprozess, der schon vor jahren begonnen hat, ist heute für revolutionäre genoss(inn)en, die nicht nur im untergrund was machen wollen, nahezu unerträglich geworden. besonders zeigt das die situation in diesem jahr: 1. mai-demo: 20.000 leute, die mehr oder weniger stumpfsinnig durch die strassen latschten; als später im tegeler knast drei leute auf das dach geklettert waren, um gegen die beschissene haftbedingungen zu protestieren, kamen nur 50 bis 100 leute. am 2. juni: 30.000 leute, die nur flippen wollten und sich die übergriffe der bullenschweine widerstandslos gefallen liessen. als wir noch action auf der "spielwiese" (kranzlerreck) machen wollten: nur 35 leute, während die anderen sich schnell wieder an den heimischen herd flüchteten. 2 tage später (4. juni) sollte eine (genehmigte!) demo zum ss-hauptquartier gemacht werden, um gegen die folterung von genossen des 2. juni zu protestieren. es kamen nur etwa 100 leute. knapp drei std. später im fu-audimax jedoch tausende von studs, die sich in ihre sitze fläzten und dem erlauteten gefasel von dünnschissrudi u.a. mitgliedern der alten affen-hippiegarde vergangener zeiten lauschten. dann am 18. oktober, als die raf-genossen andreas, gudrun und jan-carl in stammheim von den schweinen ermordet wurden und an irmgard möller einen mord versuchten: in italien anlass für tausende von genossen, militant auf den strassen zu kämpfen, hier (von militanten einzelaktionen abgesehen) nur totentanz. abends im drugstore die bekannte versammlung von möchtegern-ideologen, die ihre phrasen in den raum blöckten und sich vor lauter wichtigkeit fast auf den hacken schissen, sich aber nicht mal dazu aufraffen konnten, ne demo zu machen (bloss keine provokation!). seitdem wurden die morde von stammheim systematisch ignoriert und verdrängt (in den flugblättern der darauffolgenden tage gerade mal mit einem satz erwähnt), die widerlichen theorie-wichser vom "langen arsch", zeitung für eine neue rechte (die "faz" für pseudolinke spiesserschweine) beispielsweise freuten sich, dass die bösen störenfriede von der raf endlich zum schweigen gebracht worden waren und hetzten mit der bürgerlichen kz-pressen um diewette.



der mord an ingrid schubert wurde völlig ignoriert. anstelle von endlich praktischem, aggressiverem widerstand nur resignation und selbstrepression. grössere teile der "LINKEN" flüchten sich vor der bösen wirklichkeit aufs land, um sich ihr sesambrot noch tiefer in die ohren zu stecken. die "LINKE" in den städten zieht sich in ihr trautes heim zurück und predigt vom schreib-tisch aus die grosse revolutionäre umwälzung-"schreibtischrevolution mit vollkaskoversicherung" (p.p.zahl), und huldigt "aktionsformen", die schon 67 zum alten eisen geschmissen wurden. das denunziantentum (z.b. cohn bandit u. seine staatschutzclique) nimmt ständig zu. die eigene militante geschichte der jahre 68-70 wird systematisch verleugnet, der polizeiknäuel im eigenen kopf schlägt fleissig zu. die leute flippen nur noch von einer fete zur anderen. die hilfs-bubacks vom drugstore vermieten gruppen, "die gewalt gegen sachen oder personen (vielleicht auch beides?) keine räume mehr, um nicht menschenfressende sympis bezeichnet werden zu können. die hysterische distanziererei breitet sich aus, alle typen demonstrieren ihre politische harmlosigkeit. auf den "demos" (in der regel langweilige trauermärsche, diszipliniert bis zum knopfloch oder nichtssagend flipprig, die hilfsbullenschweine in den eigenen reihen sorgen schon für ruhe und ordnung!) läuft nur noch frust ab. in grenzenloser, nicht mehr zu überbietender naivität wollen die "gewaltfreien" rückzugskämpfer den kampf gegen ein system führen, das zur offenen ermordung der stadtguerillagenossen (sind denn das überhaupt genossen? pfui bäh!) und zur totalen repression übergegangen ist, von der auch bi's immer mehr betroffen werden. aber es gibt ja endlich die grosse verbrüderung mit den bullen, irgendwelche hühnerficker werden die bullenschweine betimmt immer mit kuchen od. anderen aufmerksamkeit für ihren terror belohnen (so geschehen auf der demo am 10.12.) dadurch sind die pigs natürlich unheimlich politisiert worden?!

die zwei konspi-ausgaben fand ich gut, weil sie anleitungen zum praktischen widerstand gaben und nicht in repressions-bla-bla stecken blieben. die forderung der "bug"-leute, namen unter die einzelnen artikel zu setzen, finde ich idiotisch, das stinkt nach pflasterstrand! ausserdem scheinen die "bug"ler zu glauben, dass sie ein "offenes forum" aufbauen könnten, was illusorisch ist, denn der ss wird sich diese entwicklung kaum tatenlos mit ansehen, wie die vergangenheit nur allzu deutlich gezeigt hat (verhaftung der agit-drucker) sondern schon einschreiten, wenn ihm ein wort nicht passt. das heisst: mögliche beschlagnahmung jeder nummer. wollen sich die "bug"leute dieser gefahr entziehen, bleibt nur ein weg: der weg in die selbstzensur. darum wärs vielleicht besser, die spaltung endgültig zu machen und ein konspi-info für alle leute, die praktisch für ihre bedürfnisse kämpfen wollen, rauszugeben. ps: ich bin sicher, dass ihr hirnis meinen brief nicht abdrucken werdet (bloss keine provokation!), aber ich hab ihn trotzdem geschrieben.

gez. ORCA, DER KILLER-WAL

Lieber Orca.

Ich hocke vor der Schreibmaschine, links neben mir den Artikel, den ich mir jetzt zum dritten Mal durchgelesen habe, und bin mir immer noch nicht im klaren aus welcher Motivation du geschrieben hast. Schwebst du 10 cm überm Fußboden der FDGO oder wühlst du im Untergrund, hast du deinen Frust rausgelassen? Ich weiß es nicht. Wenn ich jetzt anfangen dich zu kritisieren, dann geschieht das mit einer qualenden Ungewissheit, dich per Papier falsch zu interpretieren. Dann weiß ich auch gar nicht, ob die BUG-Leser an deinem und meinem Artikel, den wir heute Abend in der ganzen Gruppe diskutieren werden, überhaupt interessiert.

Du bist darüber enttäuscht, daß es so viele gibt, die sich Linke nennen, massenweise auf harmlosen Demos hüpfen, springen und tanzen, aber dort wo es was zu kämpfen gibt, sich verdrücken. Hühnerficker nennst du sie, und mich auch, die Angst vorm Bullenknüppel haben- angst in den knast zu kommen. ich habe den ein druck, daß jeder, der nicht mit der knarre herumläuft und als django-sponti hofft, daß er schneller zieht als einer vom gsg 9, für dich ein hoffnungsloses arse hloch ist. ich finde daß du es dir reichlich einfach machst, indem du diese leute nur beschimpfst, anstatt auch mal zu fragen, wieso deine (dogmatische) auffassung von widerstand, eben militant zu sein, für andere linke eben nicht der richtige weg ist. kannst du dir nicht vorstellen, daß viele leute einfach eins im hinterkopf haben; die BRD ist ein staat mit 60millionen einwohnern und wir...? was setzten wir denn an die stelle, falls wirklich mal regierungsstühle ins wackeln kommen sollten, was allerdings unwahrscheinlich ist. was könne wir, die kleine zerstrittene linke denn da mit anfangen, daß dem staat die demokratische maske abgehoben worden ist und die faschistische fratze zum vorschein kommt?

es stimmt schon, daß die linken ein schales verhältnis zur praktischen arbeit haben, was du als revolutionäre mit vollkaskoversicherung bezeichnest. bücher, flugblätter, flotte reden das geht allemal leichter von der hand als sich von diesem staat autonom zu machen. weißt du, ich kenne viele leute, die auf land gezogen sind, ohne sich im sesambrot zu ersticken. diese leute haben wahrscheinlich den frust hier in der stadt, action hin und her, ohne etwas dadurch zu verändern schon abbekommen und für sich die konsequenzen

z daraus gezogen, eben zu versuchen jetzt schon alternativ zu leben, soweit es möglich ist. handwerksskollektive, autoreparaturwerkstätten, alternativ kindergärten oder-schulen sind alles kleine brötchen, ok aber weißt du diese leute haben einen arbeitsplatz der sie zumindestens von der repression am ausbeutung splatz befreit. sie machen keine (!) entfremdete arbeit. den frust brauchen diese leute nicht auf ihren kindern, falls sie welche haben abzuladen.

RAF und stammheim. alle die nicht auf deiner linie sind, sind hilfsubacks. doof ist natürlich, daß die linke, wie breit auch immer ihr spektrum sein mag sich gedanken über ihr verhältnis zur guerilla macht, unter dem staatlichen druck stand und sich distanzierte. Auch mir ging es so ich habe die schultern gezuckt und verdrängt, hab mich hilflos und ratlos gefühlt. jetzt ne demo machen, am wittenbergplatz paar scheiben einschmeißen, was bringt das eigentlich die zeiten der weimarer republik, wo nach dem mord an karl libknecht und rosa luxemburg die volkmassen auf die straße gegangen sind, sind vorbei. von den volkmassen sind nur noch ein paar wenige geblieben, und wir spüren unsere schranken tag für tag. ich finde diese situation spiegelt insgesamt die lage der linken wieder. wenn wir ratlos sind machen wir halt ne demo odet flugblätter, was solls eigentlich?? trotzdem (diese formen gehören auch zum alten eisen) ist es auch keine alternative garnichts zu machen. aber mir fällt da einfach auch nichts mehr zu ein. irgendwo hab ich auch noch im hinterkopf, daß unsere ziele - eine herrschaftsfreie gesellschaft- nicht im widerspruch stehen dürfen, wie wir sie erreichen wollen.

so zum schluß fällt mir noch biermanns stein der weis ein " der feind ist schlau und hat sich längst vereint und will uns einzeln schlagen." ich kann keine lanze für bendit, dutschke oder drugstore-leute brechen. ich kenne sie zu wenig um schlaue sätze zu schreiben. aber ich meine wir leben in einer zeit wo es unangebracht ist, sich mit hühnerficker, dünn schisser affen und wer weiß wie noch zu beschimpfen. wir müssen voneinander lernen, und wie können wir das, wenn jeder meint, die einzig wahre plattform sei die seinige..

Lieber Muck-Muck, es geht schon



Was soll man dazu sagen



HE! WAS SOLL DAS?!

TERMINE!

Dienstag: 19.30 KoA Carmerstr. 41 ESG
BI - ENERGIEPLANUNG, UMWELTSCHUTZ

Freitag: Alle Artikel für das nächste
BAG am hehringdamm 99 abgeben

18.00 TU Hörsaal 1059
Kernfusion, die Energie für alle
Zeiten

außerdem: 19.30 TU-AUDIHAK: Informationsver-
anstaltung zur Unterstützung des RUSSEL-TRIB.

THEMA: PRAXIS der pol. Überprüfung in West-
Berlin

und 19.00 Bellermannstr. Der Andere LADEN
INFORMATION über AGIT-DRUCKER, für
Weddinger FREAK'S.

Wer am Freitag, den 13.1. um 11 Uhr 30 noch
nichts vorhat, kann ja in die Turmstr. in den
Raum II/571 kommen. Anlässlich eines Prozesses
wegen Widerstand wird der Richter Freibier
und heiße Würstchen verteilen und im Nachthemd
erscheinen. FEUERWACHEN PLENUM 16.00 s. S. 16

Fete im DRUGSTORE mit
Kabarett (Qui)

Endlich! Die Diskussion um das
umstrittene Pamphlet BUG

geht weiter und zwar am
FREITAG 20.1.78 pünktlich
um 19.00 im Rauchhaus

Hallo Barbara, ich weiß, du
findest Kleinanzeigen scheiße, weil
sie Inzidersachen sind. - So geht bis
du auch ein Inzider
Ich will keine Strümpfe für
mein Kaffee stricken

Lieber Lutz!
Viele Grüße
um Anke! Wenn
wir uns nicht mal
wieder treffen? Ruf
dann mal bei mir an
Guno, wenn du
kommst du wacker,

uns ging folgende meldung zu.

das kommando steinwurf warf vor einigen tagen
eine fensterscheibe bei kaisers(reichenberger-
str., ecke manteuffelstr.) ein.
das kommando steinwurf protestiert mit dieser
aktion gegen:

kopfgeldjäger(bvg + kaufhaus)
arbeitsmorde
verkehrs-morde

atombombe
atomkraftwerke

knast
rollkommando
knüppelgarde
mördertrupps

psychatrie
alkohol
tabletten
drogen

mord + isolation im großen + kleinen knast
psychologische kriegsführung:
die eigenen lügen-dreck-denen die sich
wehren anhängen wollen

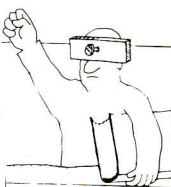
TEILE + HERRSCHE

die antwort ist u.a. die fensterscheibe bei
kaisers.

FRIEDE DEN HÜTTEN
KRIEG DEN PALÄSTEN

Kommando Steinwurf

abends
on: Hilde, Monica
post



Hallo Tommy! Viel Spaß beim
Lesen! Gent. Was
macht dein Hamster?
!!! stupide
japen

Sorry, daß ein Chauvi...äh Schowie die Überschrift noch mal nachgepinselt hat, aber das Lila wäre beim Druck doch nicht rausgekommen

Wir lassen uns den Frauenkalender-Tag für Tag nicht kaputt machen!

Alice Schwarzer und Ursula Scheu, Mitredakteurinnen des 1. lila Frauenkalenders haben einen gerichtlichen Beschluß erwirkt, der dem Kalender für Frauen TAG FÜR TAG unter Androhung einer halben million DM Strafe untersagt, inhaltlich zu dem Kalenderkonflikt Stellung zu nehmen.

WAS WAR GESCHEHEN?

Wie ihr wißt, gibt es in diesem Jahr zwei Frauenkalender, den einen in lila- wie gehabt, den anderen in blau-silber-rot mit dem Titel TAG FÜR TAG, Kalender für Frauen.

Ausgangspunkt für die Entstehung des zweiten Frauenkalenders war die Auffassung zweier Redakteurinnen, den Frauenkalender tatsächlich zu einem Forum der Frauenbewegung machen zu wollen: das heißt, die Beteiligung vieler Frauen und Frauengruppen sowohl an der inhaltlichen Gestaltung, sowie an den Entscheidungen über Herstellung, Verbreitung und Finanzen- entgegen der bisher praktizierten Verfügungsgewalt der 4-5 Redaktionsfrauen.

Als eine Einigung über diese Fragen nicht mehr abzusehen war, und das Redaktionskollektiv sich spaltete, ging es wie immer auch ums Geld, und zwar um die Verteilung von mindestens 140.000 DM. Nach langwierigen Verhandlungen wurde ein Vergleich geschlossen, dementsprechend Alice Schwarzer und Ursula Scheu verpflichtet werden, in Raten 50.000 DM an die beiden anderen Redaktionsfrauen zu zahlen. Diese verzichteten auch noch auf den Titel Frauenkalender. Die 50.000 DM sollten für die Finanzierung des neuen Kalenders verwendet werden.

Die erste Rate von 10.000 DM wurde bezahlt, die 2. Rate, in Höhe von 24.000 DM ist nicht überwiesen worden. Dieses Geld wird aber dringend für die Finanzierung des neuen Kalenders TAG FÜR TAG gebraucht.

Anstatt das Geld zu überweisen, setzten Alice Schwarzer und Ursula Scheu nach Erscheinen des Kalenders TAG FÜR TAG die obengenannte einstweilige Verfügung durch und kündigten einen Monat später obentrein durch ihre Rechtsanwälte Schadensersatzklage an.

Schadensersatz fordern sie für eine an Frauenzentren und -gruppen verschickte Information über den Kalenderkonflikt, wie sie auch in der courage Nr 8 abgedruckt wurde. Sie betrachten diese Affklärung als geschäftsschädigendes Verhalten.

Damit setzten sich Alice Schwarzer und Ursula Scheu über die damals mühselig erreichte gütliche Einigung hinweg, und versuchen mit diesem Vorgehen das neue Kalenderprojekt kaputt zu machen.

All dies heißt für uns nichts Anderes

- Der neue Frauenkalender soll verhindert werden indem der Geldhahn abgedreht wird.
- Frauenprojekte, die eine mögliche Konkurrenz darstellen, sollte kaputt gemacht werden.
- notwendige Auseinandersetzungen innerhalb der Frauenbewegung werden nicht inhaltlich und öffentlich ausgetragen, sondern von bürgerlichen Gerichten entschieden.

Wir sind der Meinung, daß ein solches Vorgehen deutlich macht, daß es Alice Schwarzer und Ursula Scheu mehr um pure Geschäftsinteressen geht, als um die Interessen der Frauenbewegung.

Wir bitten um Unterstützung, indem ihr alle den Frauenkalender kauft,

- die bestellten Kalender sofort bezahlt,
 - spendet und Kredite gebt:
- PsychA Bln West 377008-103
Gabriele Parr, Gitschiner Str 95-96, 1 Bln 61
Kalender koordinationsgruppe

Suche für politischen Gefangenen, Bretonen, 42, seit 8 Jahren inhaftiert, davon 2 1/2 Jahre Isolierhaft, frei in ca. 7 Monaten, schwer deprimiert und vor dem Nichts stehend, Kontakte mit deutschen Genossen oder Genossinnen, die ein bißchen französisch schreiben Können.

Bitte direkt an: Albert Adam
10, Quai de la Courtelle
B. P. 106
77011 Melun Cedex
France

oder an Kontaktadresse: Dagmar Galin
für nähere Auskünfte "Les Rivaillies"
87430 Verneuil sur Vienne
France

Zeitungs-Diskussion....

Jetzt sind zwar wieder vier Nummern raus, der Laden läuft wieder, aber die Diskussion, wie's weitergehen soll, ist noch lange nicht abgeschlossen-oder sollte es nicht sein.

Als beim Machen der letzten Nummer ein Typ mit einer vier Seiten langen Rede von Knut Folkerts auftauchte, brachen deshalb wieder alle Probleme auf. Ein paar Leute waren für reinnehmen, um keine Zensur zu treiben, ein paar andere dagegen, weil, wie sie sagten, die ganze Richtung nichts mehr mit ihnen zu

tun hat, und ausserdem wäre der Abdruck zu gefährlich. Ein paar Leute, darunter auch ich, hingen ständig zwischen den Fronten, da wir zwar auch gegen den Abdruck waren, aber aus ganz anderen Gründen: Es war mal beschlossen worden, wir drucken die Artikel aus Stadtguerilla usw., weil sie für unsere Diskussion notwendig sind, aber wir lassen weg, was nur aus irgendwelchen Auspissereien besteht, oder schon ausreichend ist. Und diese Rede bestand nur aus altbekannten Sprüchen. Ich jedenfalls hatte keine Lust, vier Seiten Phrasen, die jeder schon kennt, zu drucken. (Lesen tut's inzwischen doch auch keiner mehr.)

Als dann aber der Artikel abgelehnt wurde, weil er ein Risiko für den Presserechtlich Verantwortlichen ist, da hat's mir echt gestunken.

Wir sollten uns nochmal überlegen, wozu so ein Verantwortlicher gut sein soll. Als der ganze Arger ums INFO angefangen hatte, wurde von einer Menge Leute so argumentiert: Die INFO-Leute hätten dadurch, daß sie kein richtiges Impressum haben, die Vertreiber und Drucker fahrlässig gefährdet, während sie selbst kein Risiko eingingen und deshalb auch in die Zeitung alles reinnehmen konnten.

Ich fragemich aber immer noch, warum z.B. die Drucker besser geschützt sein sollen, wenn dann noch ein presserechtlich Verantwortlicher zusätzlich inden Knast geht-oder soll so ein Verantwortlicher die Funktion einer Überlastsicherung haben, die bei gefährlichen Artikeln auslinkt und verlangt, daß sie rauskommen.. Verlangen muß er das nämlich auch, denn er ist auf jeden Fall als erster dran. Das heißt also, wir bauen uns den perfekten Selbstzensur-mechanismus ein, indem wir Einen von uns exponieren.

Aber gerade das können wir nicht machen, wenn wir weiter öffentlich und nicht konspirativ das schreiben wollen, was uns passt.

Und es soll sich doch keiner was vormachen: es geht nicht nur um irgendwelche Aufrufe, jemand umzunieten.

Alles was wir äussern, ist potentiell kriminell! Ich kann mir zum Beispiel oft die Öffentliche Billigung von Straftaten nicht verkneifen-§140-oder sagen wir mal, ichversuchs gar nicht (Hausbesetzungen z.B. finde ich unheimlich gut, man sollte hier in Berlin viel mehr in die Richtung machen-hoppla, das fällt unter §111-Öffentliche Aufforderung zur Begehung von Straftaten..) Ausserdem bin ich dafür, daß wir solche Häuser wie z.B. die Feuerwache eins war, auch verteidigen sollen, wenn möglich-Zack, §88a-Befürwortung von Gewalt.. Naja, aber in diesem Scheiss-Staat--gottogott, jetzt hab ich den Staat verunglimpft, das gibt §90a.. Ich könnte jetzt noch einige hochgestellten Persönlichkeiten beleidigen, und wenn sie schon tot sind, mich noch amandenken Verstorbener vergehen, indem ich ihren Job nicht gut finde usw.... Jedenfalls können wir uns wohl kaum äussern, ohne einen Strafbestand zu erfüllen, aber wir müssen's halt doch tun (Das war wieder §111).

So betrachtet gefällt mir auch der Vorschlag der Roten Hilfe, jeder solle seinen Artikel selbst zeichnen, überhaupt nicht, denn da wird das Problem der Zensur privatisiert. Soll doch Jeder selbst schauen, wo er bleibt, heißt das nämlich, und die Haltung: selber schuld-ist nicht mehr weit weg.

Wenn unsere Äusserungen kriminalisiert werden, müssen wir alles, wofür einer eine drüberkriegt, als eine mögliche Äusserung von uns begreifen und auf jeden Fall dafür sorgen, daß man "Sowas" sagen kann. Hört sich jetzt moralisch an, ist's aber nicht. Vor allem aber haben wir nie eine Chance gegen die Zensur, wenn wir uns nach ihr richten. Darum: Verstossen wir so oft als möglich gegen die Zensurparagrafen, und zwar auch so öffentlich als möglich, denn wenn wir mal in der Konspi-Ecke sind, dann ist schwer da wieder rauskommen. (das war wieder §111)

Und zurück zu den presserechtlich Verantwortlichen.. ersparen wir den Leuten die allsonntägliche Gewissenspein, es finden sich doch noch andere Leute fürs Impressum.....



0-Tarif oder was einen Sponti nur ein müdes Arschrunzeln kostet



In den letzten drei Wochen des alten Jahres wurde die Idee vom individuellen Nulltarif (Schwarzfahren) arg strapaziert. Nicht nur, daß die BVG-Knechte (Kontrollöre) Masseneinsatz hatten und (der das gerade tippt) schon zweimal einen Fahrschein zu 1.30 kaufen mußte, nein auch die Ankündigung, daß das Schwarzfahren demnächst teurer wird. In Österreich zahlt der Nulltarifler ungefähr 400 DM. Gähmend leere Kassen in der Schwarzfahrerkasse. Wir werden wohl zur Tarifierhöhung greifen müssen. Die Studios springen alle ab, sie argumentieren, daß es sich nicht lohnt, 12,50 usw. Übrigens wie wäre denn mit einer Schwarzfahrerrückversicherung GmbH & Co KG. Bei den echten Versicherungen gibts das auch. Kommt eine Versicherung in Schwierigkeiten (weil z.B. zuviel Scheine abgebrannt sind) dann tritt die Rückversicherung ein.

Jetzt zum müden Arschrunzeln. Die letzte Fahrpreiserhöhung im August ging ja so ziemlich reibungslos über die Bühne. Es gab wohl 3 Demos mit je 600 Personen, ein paar Automatenflambierungen, einige verklebte Entwerter aber größere Sachen liefen nicht. Wir haben versäumt (!) die Idee vom Nulltarif weiterzuentwickeln. Warum wollen wir eigentlich den Nulltarif?

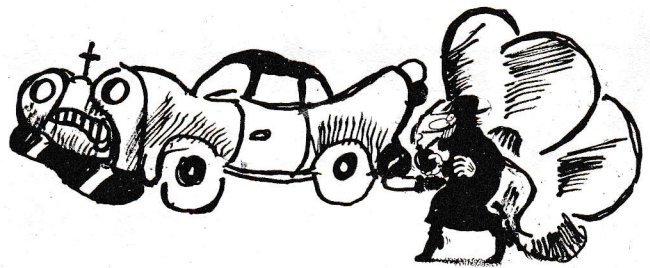
VISION: Auf den Straßen stehen Bäume, die Kinder spielen auf dem Rasen dort, man hört Hunde kackeln und das Klappern der Flügel der Schmetterlinge.

50% DER LUFTVERSCHMUTZUNG ENTSTEHT DURCH DAS AUTO
50% DES LÄRMS IN DEN STÄDTEN ENTSTEHT DURCH DAS AUTO

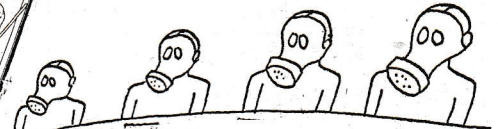
Kölns Straßen: bei 99% lag die Lärmbelastung über 60 dB
bei 50% zwischen 75 und 90 dB

— Gesundheitsschäden: bei 95% war die Nachtruhe gestört
psychische Wirkungen (Aggressionen, Nervosität, Depressionen treten bei über 60dB auf
wenn 85dB ständig wiederkehrend eintreten, führt das zu Schwerhörigkeit

VISION: Die Luft riecht süßlich nach Sandel und Dope. Die Menschen haben wieder Farbe im Gesicht, Rotbäckchen macht Pleite - Nie wieder Mallorca!



50% DER LUFTVERSCHMUTZUNG ENTSTEHT DURCH DAS AUTO
Die dabei entstehenden Gase wie CO, CO₂, SO₂, CH₄, NO nehmen unkontrollierbare Ausmaße an. Die Werte gerade hier in Berlin führen zu schwerwiegenden Gesundheitsschäden wie WACHSTUMSSTÖRUNGEN, NERVENSCHÄDEN, CHROMOSOMENSCHÄDEN, IMPOTENZ, TOD!



VISION: Es gibt wieder Schnee, die Leute gehen rodeln, Schlittschuhlaufen auf zugefrorenen Seen, Deutschland hat ein zweites Reich im Winkel, die Schneemänner lachen wieder mit den Menschen



Beim Auto werden nur 20% der reingesteckten Energie genutzt, der Rest macht die Stadt zur Sauna. Also, liebe Leute: das Auto ist eigentlich total unrationell. Es werden im Verhältnis zum Energieaufwand viel zu wenig Leute transportiert. Außerdem verschlingen Straßen und Autobahnen irre viel Kohle, 17 000 Leute jährlich gehen hops, abgesehen von den 500 000 Verletzten inc. Folgekosten. STRASSEN WERDEN ZU TODESSTREIFEN (6SPURIG)

VISION: Es gibt viel mehr Bus- und U-Bahnlinsen und die Leute fahren gerne mit, weil es ja so billig ist (endlich zahlt man Steuern für was Sinnvolles, nicht für Panzer und Ämter). Kontis, Kassierer und die Bürokratenbrut können können Bäume und Rasen auf den unnützen Straßen anpflanzen. OH, Mann, Frau, !! Malt euch selber aus, wieviel sich ändern würde ohne Auto mit NULL-TARIF!!!!



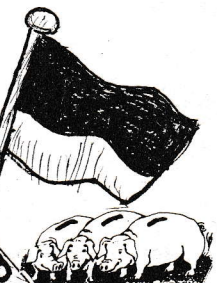
Hoffentlich Schwarzfahr

SCHENKEN MACHT HIGH !!!

Wenn ihr mal zahlt seit lieb! macht anderen eine Freude! schenkt ihnen euern fahrschein freude gespartes geld für lollis eis oder für den neuen bug !!!!

Versicherung?

10DM Eintritt
5DM im Monat



BVG
Fahrpreise



Wanted!



Zappon von Lack

Vorsicht Feuer-
gefährlich!

20 DM Belohnung.

WERDEN 1978 UNSERE KONTROLÖRE UND BRIEFTRÄGER MIT
RADIERGUMMIS AUSGERÜSTET ????

Trotz bundesweiter fahndung nach ~~X~~ „ZAPPON von LACK“^W
haben die zahl reichen razzien leider keinen erfolg
erbracht.
er taucht meist unauffällig mit dem finger aufgetra-
gen über briefmarken und fahrausweisen auf. er wurde
oft in farbgeschäften zum preis von 3 dm gesehen
(entzog sich aber meist der festnahme, indem er ~~XXXXX~~
ausverkauft war)



DER SCHWARZFAHRER DEIN FREUND UND HELFER !!!!!!!!!!!!!

Vor kurzem bin ich mit hängender zunge 4 rockern in der
U- bahn ~~xxxxxxx~~ entflohen (puh!). man soll ja nicht
seine versicherung zu stark ~~xxxxx~~ beanspruchen. nun ich
gehe so in richtung ausgang, da treffe ich einen meines
gleichen. ein kurzes gespräch bewahrt ihn davor, unter
die menschenfresser zu kommen.
nun, : frag alte omis und opis, kinder und freaks,
arbeiter und bauern (nur mut!!) before du auf die
reise gehst, ob die rocker wieder auf der strecke
sind. sie geben meist gerne etwas ängstlich aus-
kunft, werden aber ~~xx~~ schnell sehr menschlich und
lieb

WARTE NICHT !!!



§ 129 (kriminelle vereinigung)

mit dir
will ich mich
vereinigen
wenns sein muß
K r i m i n e l l

ist 'kriminell'
wenn du oben und ich unten
ists wenn wir auf dem tisch
auf dem teppich im gras in der tenne

wenn wir seitlich
von hinten von vorn griechisch
französisch auf wippendem drei-meter-brett
in der badeanstalt

unter den augen
der eltern der kinder des kgb
im nachthemd im schlafanzug
mit lederhosen im wald
unter rosen im hag

in der badewanne
auf sesseln auf einem tandem
im auto im beichtstuhl
in meiner zelle im knast

im schlafwagenabteil
des interzonenzugs paris-moskau
im gerichtssaal im bundestag
in der tagesschau unterm funkturm

oder ists 'k r i m i n e l l'
ohne trauschein auf dem trip
auf der siegessäule
im mondlicht am strand

in der sonne auf dem land
in einer kreuzberger mansarde
in sojus 5 appollo vierzehn
in der hängematte an einen baum gelehnt

auf jeden fall
mit dir
werd ich mich
vereinigen
wenns sein muß
(herr staatsanwalt)
'k r i m i n e l l'

Pepe
Zahl

Kleinanzeige:

Die Maschinerie der

BULLEN-BÜROKRATIE

läuft weiter.

Mit dem Vorwurf, daß das alte INFO terroristische
Vereinigungen unterstützt hätte, haben die Bullen
(der Staat) inzwischen Ermittlungsverfahren gegen
ca. 55 Leute eingeleitet, von denen sie sagen oder
denken (?), daß sie irgend etwas mit dem INFO zu
tun hätten.

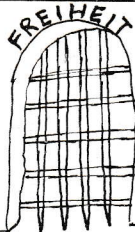
Jetzt sind die Bullen dazu übergegangen, an alle
diese Leute

Vorladungen zum Polizeipräsidium
oder
Fragenkataloge

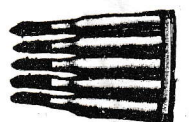
zu verschicken, weil sie hoffen, daß wenigstens
EIN PAAR Leute so blöd sind, da hinzugehen.
Dazu:

1. Man/frau muß nicht da hingehen, weil die Vor-
ladungen von den Bullen und nicht vom Staats-
anwalt kommen.
2. man/frau soll nicht hingehen,
nicht dort anrufen,
überhaupt nicht reagieren,
weil es
3. dumm ist und erwiesenermaßen nur Scheisse
dabei herauskommt.

Also: PAPIERKORB !!



Bäh, jetzt
sieht mich
niemand
mehr!



Die mühsel
liegt
schon bereit

Grüß an Ameis aus Hildesheim
 he Hitz-Leute -
 fauch (Foto) rüber
 schickt mal n' Bus



Grüne Liste Umweltschutz:

»Die Grünen kommen«

1978 sitzen sie im Landtag, 1980 im Bundestag. Unrealistische Utopie? Fußten wegziehen, fürchtet Willi Brandt" (DIE ZEIT Nr. 48) und der SPD "Vorwärts" schrieb am 20.10. d.J., daß "ein nur geringer Erfolg" der Umweltschützer in Hameln und Hildesheim "bundesweite Folgen haben könne". Der "geringe Erfolg" ist mittlerweile eingetreten.

Nach einem Wahlkampf ohne Vorbereitungszeit, ohne große finanzielle Mittel und personell unterbesetzt, schafften es die "Grüne-Liste-Umweltschutz" (GLU) und die Wählerinitiative "Atomkraft - nein danke!", je einen Kandidaten in die Kreistage Hildesheim und Hameln-Pyrmont zu bringen.

Unterschiedliche politische Zielsetzungen!

Die beiden Gruppen haben unabhängig voneinander den Wahlkampf geführt. Auch inhaltlich gibt es Differenzen. Während "Atomkraft - nein danke!" einen klaren antikapitalistischen Kurs fährt und sich im Wahlkampf auf eine Argumentation gegen das Atomkraftwerk Grohnde beschränkte, trat die GLU zwar auch gegen das Grohnder Atomkraftwerk auf, konzentrierte sich aber sehr stark auf Probleme des Landkreises Hildesheim. Und das nicht nur in Umweltschutzfragen wie Mülldeponie Lechstedt (hier möchte die GLU ein Müllkompostwerk statt der geplanten Mülldeponie), Trassenführung der Bundesbahn - Schnellstrecke nach ökologischen und nicht nach ökonomischen Gesichtspunkten (die GLU befürwortet lange Untertunnelungen und eine Streckenführung in Erdeinschnitten), sondern auch in Fragen der Schulorganisation (GLU: überlange Schülerfahrzeiten durch Umorganisation des Schulbetriebs abbauen) und der Kreisreform (GLU: kein Behördenabzug aus Alfeld, bevor nicht über die Alfelder Klage gegen die Kreisreform entschieden ist).

GLU will sich landes- und bundesweit organisieren und zur Wahl stellen!

Auch strebt die GLU an, sich landes- und bundesweit als Partei zu etablieren. Am 16.11. d.J. wurde der erste Schritt dazu getan. Auf einer Gründungsversammlung wurde der Landes-

Jenseits von Kapitalismus und Kommunismus.

"Eine grosse Bürgerinitiative", wie Georg Otto, Sprecher der GLU-Hildesheim gegenüber der HIZ betonte, und "die GLU steht, was die Diskussion weitergehender gesellschafts- und wirtschaftspolitischer Fragen angeht, erst am Anfang der Entwicklung". Ein gemeinsamer Erfahrungshintergrund und Erkenntnisstand existiere eben noch nicht. Hier habe die Hildesheimer GLU gewisse Vorsprünge, da man sich hier über Grundsatzfragen schon länger Gedanken mache und auch schon zu Ergebnissen gekommen sei. Als gemeinsame Leitlinie - auch landesweit - bezeichnete G. Otto die Notwendigkeit einer ökologiegerechten Wirtschaftspolitik "jenseits der herrschenden Wirtschaftssysteme Kapitalismus und Kommunismus. Also eine Position des dritten Weges."

Vom "Wertkonservativen" bis zum Sozialisten.

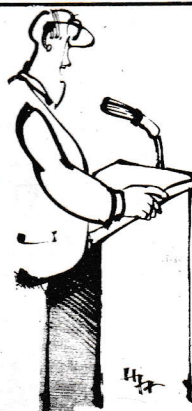
Die Schwierigkeiten einer GLU-Partei sieht Otto in der Verschiedenheit der Wähler und

das Privateigentum dabei erhalten, ein liberaler Sozialismus." (Otto)

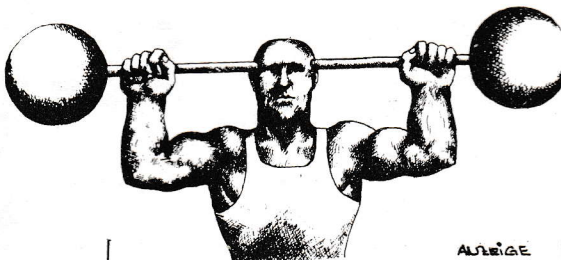
GLU vorläufig noch unabhängig im Kreistag.

Doch soweit ist es noch nicht. Der GLU-Kreistagsabgeordnete Gunter Bornholdt macht mittlerweile im Kreistag erst einmal Tagespolitik. Die GLU bleibt vorläufig unabhängig, d.h., sie hat die Angebote von CDU, SPD und FDP, bei ihnen als Hospitant unterzuschlüpfen, abgelehnt. Erste Reaktion der drei Parteien nach dem überraschenden Wahlerfolg der GLU: ein Ausschuß für Umwelt und Abfallfragen wurde gebildet. Die GLU kann nicht Mitglied dieses Ausschusses sein, denn mit einem Abgeordneten ist sie keine Fraktion und nur Fraktionen haben Anrecht auf Ausschußmitgliedschaft. GLU-Sprecher Otto zur Kreispolitik: "Die SPD, CDU und FDP zeigten sich in den konkreten Umweltschutzfragen vor Ort durchaus diskussionsbereit. Was jedoch die Diskussion zum Thema Atomenergie angeht, hier fehlt noch die Einsicht, hier geht Ökonomie noch vor Ökologie, Arbeitsplatzsicherung vor Schutz des Lebens." Zur Atomenergie (AKW-Grohn-

"Wer gegen den Baustopp von Kernkraftwerken ist, bitte die Hand heben!"



tz, München



AUSLAGE

verband der GLU gebildet. Die bisherige "Umweltschutzpartei-Niedersachsen" hat sich in die GLU eingebracht und ihren Namen aufgegeben. Eine Programmkommission ist dabei, eine erste Fassung eines zukünftigen Bundesprogramms zu erarbeiten. Am 11. Dezember 77 soll darüber entschieden werden. Die GLU ist also bald landesweit organisiert. Als Partei. Kontakte zu anderen Umweltschutzgruppen der Bundesrepublik sind aufgenommen worden. Zielsetzung: Die bundesweite Organisation.

Mitglieder. Nach Ansicht Ottos wäre die Bannbreite der Leute, für die die GLU eine politische Heimat sein könnte, sehr breit anzusetzen. Er fasse darunter die "traditionellen Naturschützer ('Wertkonservativen')", "Umweltrebellen" der CDU, natürlich breite Teile der SPD bis hin zu den SPD-Rebellen um Jochem Steffen".

Die GLU stehe fest auf dem Boden der Verfassung. Gewalt lehne sie ab, es sei denn, so Otto, "sie ist politisch durch Wahlen legitimiert. Denn auch Staatsgewalt ist Gewalt." (wie wahr) In der großen "Bannbreite" der Anhänger und potentiellen Wähler der GLU sieht Otto auch die Hauptschwierigkeit der kommenden Programmdiskussion. "Es kommt darauf an, ein Programm zu erarbeiten, was jedem etwas gibt, dem Sozialisten genau so wie dem Liberalen und dem "Wertkonservativen". Wenn man so will, den Kapitalismus abschaffen, aber

de) hat die GLU vor, im Kreistag ein Hearing mit Fachleuten zu beantragen, um zu prüfen, welche Gefahren sich für die Hildesheimer Bevölkerung aus dem Bau des Atomkraftwerkes Grohnde ergeben.

Zu verschwommen...

Zur örtlichen "Bürgerinitiative gegen Atomenergie" bestehen, laut Otto "lockere Kontakte. Ursprünglich sei die BI ja von GLU-Leuten gegründet worden. Am 8. Dezember d.J. wird die GLU in Zusammenarbeit mit der BI eine Informationsveranstaltung in der Volkshochschule durchführen, an der auch Vertreter der Gruppe "Atomkraft - nein danke!" aus Hameln-Pyrmont teilnehmen werden. Über die Atommülltransporte, die durch den Kreis Hildesheim führen, wird die GLU sich informieren und "gegebenenfalls das Thema vor den Kreistag bringen" (Otto).

SOLLEN AKW-GEGERN SICH AN WAHLEN BETEILIGEN? - ERFAHRUNGEN AUS HAMELN -

HAMELN Dem „Frankfurter Anti-AKW-Rundbrief Nr. Dezember 1977 2“ entnehmen wir folgenden Bericht:

Bei den niedersächsischen Kreistagswahlen am 23. Oktober 77 kandidierte im Landkreis Hameln-Pyrmont eine Wählergemeinschaft "Atomkraft - Nein Danke" (WGA). Das war das erste Mal in der Bundesrepublik, daß Atomkraftgegner mit einer eigenen Liste an Parlamentswahlen teilnahmen.

Was waren die Ziele der Kandidatur?

Die WGA hat niemals versucht, die Kandidatur zur Kreistagswahl oder die Beteiligung am Parlament als Alternative zum außerparlamentarischen Widerstand darzustellen. Im Gegenteil: Auf der Kundgebung am 19.11. in Hameln hat die gewählte Kreistagsabgeordnete der WGA ausdrücklich ihre Solidarität mit den Angeklagten vom 19.3. bekundet, auch ihre Solidarität mit der Aktion selbst.

Wenn die Welt so eingerichtet wäre, wie sich das der Hamburger "Arbeitskreis Politische Ökologie" vorstellt, dann hätte sie das gar nicht tun dürfen. Denn der Arbeitskreis behauptet, Wahlbeteiligung und Bauplatzbesetzung seien Aktionsformen, die einander ausschließen. Nun, die Welt ist offenbar nicht so eingerichtet, wie der "Arbeitskreis" sie sich vorstellt.

Die Kandidatur hatte vor allem das Ziel, auch diejenigen Atomgegner zu erreichen, die nicht ohne weiteres an Demonstrationen oder Bauplatzbesetzungen teilnehmen. Wir sollten nicht vergessen, daß es eine ganze Menge "normale Bürger" gibt, die zwar entschiedene AKW-Gegner sind, denen aber das Demonstrieren nicht so leicht von der Hand geht wie uns.

Das Ziel der WGA war und ist es, eine Brücke zu schlagen zwischen den aktiven und den eher passiven AKW-Gegnern, um so den Einfluß der Anti-AKW-Bewegung zu verbreitern - ohne daß dabei die Bewegung selbst an Entscheidung und Schärfe verliert.

Der Vorwurf, eine solche Kandidatur schüre Illusionen in den Parlamentarismus, trifft nicht. Eine große Zahl AKW-Gegner, gerade unter den "passiven", haben Illusionen in die Parlamente. Wenn man sich an den Wahlen beteiligt, ist die Chance, diese Illusionen abzubauen, zehnfach größer, als wenn man

- per Wahlboykottaufruf etwa - die Leute einfach auffordert, ihre Illusionen gefälligst abzulegen.

In der Plattform der WGA heißt es: "Wir unternehmen alles, was der Stärkung und Verbreiterung des Widerstandes der Bevölkerung gegen den Bau von Atomkraftwerken dient. ... Wir gehören zu denen, die wegen dieser Haltung als Chaoten und Terroristen verleumdet werden. Wir solidarisieren uns dennoch mit denen, die wegen ihrer Teilnahme an Bauplatzbesetzungsversuchen und Demonstrationen in Grohnde und anderswo als Kriminelle abgestempelt werden."

Appropos Grohnde: Der Bauplatz des AKW Grohnde liegt ca. 10 km südlich von Hameln, also im Wahlgebiet.

Die Bürgerinitiativen

... haben sich sehr unterschiedlich zur WGA verhalten. Von den fünf örtlichen BIs hat uns nur die BI Bad Pyrmont, die größtenteils aus Jugendlichen besteht, von Anfang an unterstützt. Die GAU Grohnde hat sich später - als die Sache schon lief - zur Unterstützung entschlossen, dann aber sehr aktiv mitgearbeitet. Die BI Hameln (KPD-beeinflußt) war gegen "Parlamentarismus" und hat sich bemüht, der WGA Steine in den Weg zu legen. Das hat einen großen Teil der Mitglieder allerdings nicht gehindert, aktiv mitzuarbeiten. Die "Bürger gegen Atom", Hameln, eine Art exklusiver AKW-Gegner-Kreis aus dem gehobenen Mittelstand, hielt sich mit Hinweis auf ihre "Überparteilichkeit" raus. Kein Wunder: Ein Mitglied dieser Gruppe kandidierte selbst - für die FDP. Die BI Weserbergland in Bad Pyrmont (beeinflusst vom Weltbund zum Schutz des Lebens-WSL), lehnte die Kandidatur zwar nicht prinzipiell, aber doch in dieser "radikalen" Form ab. In einigen Bereichen des Wahlgebiets gibt es überhaupt keine BIs. Da waren dann auch die Wahlergebnisse am "schlechtesten" (1,1 bis 1,5%).

Soll man nun kandidieren oder nicht?

Ich glaube, eine solche Kandidatur, mit einem Programm, das sich bewußt beschränkt auf den Kampf gegen AKWs, ist nur unter bestimmten Voraussetzungen sinnvoll. In Hameln gibt es ein AKW in der unmittelbaren Umgebung. Auf Landes- oder gar Bundesebene, aber auch in kommunalen Bereichen, die nicht unmittelbar betroffen sind, wird man damit wenig Erfolg haben.



PROZESS GEGEN
Detlev SCHULZ
Johannes ROOS

Das ist nun allerdings kein Grund, Wahlbeteiligungen von AKW-Gegnern prinzipiell abzulehnen. Im Gegenteil: Es sollte vielmehr ein Grund sein, darüber nachzudenken, ob nicht die Anti-AKW-Bewegung selbst auch auf andere soziale Fragen Antwort geben muß.

Atomföhlz-Betriebsräte und Atomföhlz-Gewerkschaftsführer gehen - in trauter Eintracht mit ihren Bossen - in der Arbeiterschaft mit dem Argument hausieren, AKWs würden Arbeitsplätze schaffen. Sicher, wir können das ganz gut widerlegen - Kohlekraftwerke schaffen ebenso Arbeitsplätze, verstärkter Stromeinsatz dient zum Wegrationalisieren von Arbeitsplätzen - aber reicht das aus? Gibt das eine Antwort auf die Frage, wie die Arbeitslosigkeit beseitigt werden kann?

Solange wir auf diese Frage keine bessere Antwort geben als die Atomföhlz, werden die Leute auf sie hören. Deshalb müssen wir - auch ohne Wahlbeteiligung - für den Weg eintreten, auf dem man die Arbeitslosigkeit tatsächlich bekämpfen kann: Verkürzung der Arbeitszeit, früheres Rentenalter, 35-Stunden-Woche, längerer Urlaub.

Das sollte für alle AKW-Gegner gelten - nicht nur für diejenigen, die sich gerade an Wahlen beteiligen wollen.

Sinn oder Unsinn einer Wahlbeteiligung entscheidet sich an der Frage: Wird die Anti-AKW-Bewegung dadurch verbreitert, wird der Widerstand gestärkt? Für Hameln glaube ich, daß wir Frage mit "Ja" beantworten können.

Wenn jetzt die BUU in Hamburg im Bündnis mit anderen Basisinitiativen zur Bürgerschaftswahl kandidieren will, wird die Beantwortung dieser Frage zum Großteil davon abhängen, ob und was für ein gemeinsames Programm zustandekommt. Ein Forderungskatalog, in dem nur die Gruppeninteressen der verschiedenen Initiativen aneinander gereiht werden, reicht meiner Ansicht nach nicht aus, um eine glaubwürdige Alternative zu den herrschenden Parteien darzustellen.

Es gibt ja noch eine Reihe anderer Leute, die jetzt ihre Chance wittern, als "Grüne" oder so etwas zu kandidieren. Zum Teil sind's Leute, die schon immer kandidiert haben, mal als 5%-Block, mal als etwas anderes. Man sollte diesen Leuten gegenüber sehr mißtrauisch sein.

Vor allem glaube ich, daß wir nicht in den Fehler verfallen dürfen, in der Wahlbeteiligung eine Alternative zu Demonstrationen und Bauplatzbesetzungen zu sehen. Das führt über kurz oder lang in die parlamentarische Sackgasse, in schlechtes Stellvertretertum, wie's am deutlichsten von der oben erwähnten GLU betrieben wird, die nun in Niedersachsen zu den Landtagswahlen kandidieren will: "Vielleicht können wir im Landtag das Zünglein an der Waage spielen." Diese Leute sehen sich schon als tapfere Volksvertreter (mit fetten Dütten natürlich), die am grünen Tisch Koalitionen mit SPD oder CDU schmieden, nach dem Motto: Wir verschaffen Albrecht die Mehrheit im Landtag, und dafür verspricht er uns, daß die Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben erst zwei Jahre später gebaut wird. Albrecht wird euch was husten ...

Wichtig an der WGA war vor allem der - teilweise recht erfolgreiche - Versuch, über den Kreis der bisher schon aktiven AKW-Gegner hinauszu kommen, die "passiven" AKW-Gegner mit einzubeziehen, die "Skeptiker" zu AKW-Gegnern zu machen. Die Wahlbeteiligung hat dazu beigetragen, daß wir in Hameln mit vielen Leuten über Atomkraftwerke diskutieren konnten, die sich mit einer "gewöhnlichen BI" niemals auseinandergesetzt hätten.

In der Anti-AKW-Bewegung wird oft von "neuen Aktionsformen", "mehr Phantasie" usw. gesprochen - vorzugsweise dann, wenn man nicht so recht weiß, wie's weitergeht. Wir haben uns in Hameln nicht sehr auf "neue Aktionsformen" verlassen. Stattdessen haben wir einige "alte" Formen der Öffentlichkeitarbeit benutzt, denen wir eigentlich sehr mißtrauisch gegenübergestanden haben: Einfache "Aufklärungs"-Veranstaltungen, die bürgerliche Presse, die öffentliche Auseinandersetzung mit etablierten Politikern - und eben die Wahlbeteiligung selbst. Das Mißtrauen gegenüber solchen Mitteln ist wohl berechtigt. Der Verzicht darauf wird dadurch aber nicht gerechtfertigt.

Kontaktadresse: Wählergemeinschaft, Papenstraße 2
3250 Hameln

Ein Bericht aus Frankfurt der schon mal im ID gestanden

Ein Bericht, leider nicht auf 13 cm Spaltenbreite. Da er schon mal im ID gestanden hat, übernehmen wir ihn teilweise daraus.

Auch Darmstadt bekommt jetzt seinen Terroristenprozeß, nachdem sich Staatsanwaltschaft und Gericht redlich bemüht haben, die große Schau nicht an den "Großen Bruder" die Frankfurter Staatschutzkammer abgeben zu müssen. Un das funktionierte so: die Erschießung des Polizisten Sippel am 7. Mai 76 in Spremlingen war - nach Bulleneinschätzung, die natürlich in den Medien verbreitet wurde - das Werk von drei "Terroristen". Logisch - denn wer erschießt sonst einfach so einen Staatsdiener?

Nachdem man nun zwei Einschlägige gefunden hatte und die Ermittlungen gegen D. Schulz und J. Roos das von vornherein feststehende Ergebnis zeigten, (ID 198/205), verzichtete man stillschweigend darauf, aus den beiden eine kriminelle bzw. terroristische Vereinigung zu machen. Bei Straftaten nach § 129a wäre nämlich nicht mehr das Darmstädter Landgericht, sondern besagte Staatschutzkammer zuständig. Angesichts des Erfolgszwangs, unter dem Kripo-Sonderkommission, Staatsanwalt und Gericht seit

13

nunmehr fast zwei Jahren stehen - schließlich wurde ja nicht Hinz oder Kunz erschossen, sondern ein Repräsentant dieses Staates - wäre es ein arger Schlag gewesen, wenn den lokalen Darmstädter Justizbehörden die Früchte ihrer Mühe, d. h. zweimal "Lebenslänglich" für zwei beliebige "Täter" geklaut worden wären.

Deshalb bekommen die beiden nun als sozusagen amtlich anerkannte Terroristen (Detlev wird - nach Ansicht von Fahndern, wie der "Spiegel" war - so immer ausgedrückt - der RAF zugerechnet; gegen Johannes Roos wird in Düsseldorf wegen der angeblichen Zugehörigkeit zu zwei (!) terroristischen Vereinigungen ermittelt) einen „ganz normalen“ Mordprozeß in der Provinz. Die Politik bleibt, wie sich's hierzulande gehört, draußen vor dem Gerichtssaal und schaut nur ab und zu mal rein, um nachzusehen, ob das mit der klammheimlichen Sicherungsverwahrung auch wirklich klappt.

Johannes sitzt zur Zeit immer noch in Düsseldorf, wo er Maßnahmen zu spüren bekommt, die einem mutmaßlichen terroristischen Polizistenmörder alle Ehre machen. Ein Teil des von Ermittlungsrichter Joeres ausgeheckten Sonderprogramms war ja schon im ID 205 nachzulesen. Als der Düsseldorf-Anstaltsleiter, dem dies wohl noch nicht genug war, seine berufs-spezifische Phantasie spielen ließ und u. a. selbstherrlich anordnete, Johannes' Zelle die ganze Nacht hell zu beleuchten und ihn, falls ihn trotzdem der Schlaf übermannte, alle zwei bis drei Minuten zu kontrollieren, trat dieser in einen Hunger- und Durststreik, der immerhin den Erfolg hatte, daß die Schliesse jetzt „nur“ noch alle 15 bis 30 Minuten reinschauen, ob er endlich Selbstmord begangen hat.

Als flankierende Maßnahme zur Zerstörung seiner politischen und menschlichen Identität produzierte Joeres eine Flut von Beschlüssen, die alle eines gemeinsam haben: die geistige Isolierung des Gefangenen wird perfektioniert, die Kommunikation zwischen „drinnen“ und „draußen“ abgewürgt, Informationen auf das Geschreibe staatstragender Medien zurückgestriert.

Hier eine kleine Auswahl des bisher von Joeres angehaltenen und zur „Habe des Gefangenen genommenen“ Schrifttums: Max Hölz: Vom weißen Kreuz zur roten Fahne; Ring: Cuba für Beginners; ID; Pflasterstrand; ADAC-Motorwelt, ja sogar BamS und Bornheimer Brücke (auszugsweise). Joeres, das Schlitzloch, zur Begründung: es handelt sich um Periodika, und die dürfen nur durch Vermittlung der Anstalt bezogen werden.

Außerdem wurden alle Briefe beschlagnahmt, in denen sich Johannes bzw. seine Briefpartner mit der aktuellen politischen Situation in Stammheim, Deutschland, inhaltlich auseinandersetzen. Bja, bla, Blödsinn dagegen geht glatt durch - wir haben es ausprobiert.

Sammeln von Anekdoten sei noch mitgeteilt, daß der famose Herr Joeres auch ein Fernschachspiel untersagte, das Johannes brieflich mit Leuten führte, die immer noch frei herumlaufen. Begründung: es sei „nicht auszuschließen“, daß es sich dabei um den Austausch „codierter Mitteilungen“ handle. „Unverständliche Briefe in den Händen von Untersuchungsgefangenen, die der terroristischen Gewaltkriminalität zuzuordnen sind, sind eine Gefahr für Sicherheit und Ordnung der Anstalt“ (Originalton). Nach diesem Beschluß ist nicht auszuschließen, daß Joeres des Schachspiels nicht mächtig ist. Und wir wissen jetzt auch, warum z. B. anonyme Morddrohungen ungehindert in die Hände von inhaftierten Genossen gelangen konnten, wie kürzlich bei Klaus Croissant: solche Briefe sind für Ermittlungsrichter verständlich.

Der Prozeß gegen die beiden soll - so will es Richter Spahn - ein Schauprozeß mit Panzerglas (für Staatsanwalt und Richter?) und besonderen Sicherheitsvorkehrungen werden. Je mehr Leute kommen, desto schöner und größer kann die Schau werden.

VERHANDELT WIRD AB 11. JANUAR 1978, jeweils Mittwochs und Freitags, manchmal auch montags. Beginn: 8.30 Uhr (Gähnl!) im LANDGERICHT DARMSTADT, MATHILDENPLATZ 13.

Auch wenn's euch auf die Nerven geht: wir sind immer noch auf Spenden angewiesen. Spendet deshalb auf das Post-scheckkonto Frankfurt, Christiane Laser, Sonderkonto, Kto.-Nr. 363250 - 604 (BLZ 500 100 60).

die Gefangenen im
"Modell Deutschland"
Holger Schneider
Bodo Johlke

an den
Justizminister
des Landes Schleswig-Holstein
Herrn Henning Schwarz
Lorentzdam 35
2300 Kiel

offener Brief 1

Wir wenden uns nicht an Sie, weil wir Sie um etwas bitten wollen, sondern darum, um Sie darauf hinzuweisen, daß bestimmte Personen, die Ihnen unterstellt sind, sich verschworen haben, unsere -auch für Straffangene- festgelegten Rechte zu verletzen und unsere politische Gesinnung durch Vernichtungshaft zu zerstören! Sie als ranghöchster Beamter des Landes Schleswig-Holstein müßte es interessieren, was die "Herrn" betreiben, die Sie in die Leitung einer "Vollzugsanstalt" beriefen! daß die Ihnen unterstellten Organe ihre Aufgabe so erfüllen, daß die Rechte eines Bürgers.... verletzt werden!

Wir werden Ihnen beweisen, daß der "Nigger" in diesen Lande unsereins ist! Die erste Amtshandlung Ihrer Untergebenen bestand darin, uns vollkommen zu isolieren! Wir sind beide in diesem "freiheitlich demokratischen Vollzug" mit 10 Besuchsverboten und 8 Schreibverboten belegt, Burch Gräff (Anstaltsleiter) und Schmelzer (stellvertretender Anstaltsleiter)! Zumal bekommen wir keine Zeitschriften und Zeitungen. Informationsdienst (id), Info-Bug, Arbeiterkampf und Roter Morgen werden erst gar nicht ausgehändigt!

Wer, Herr Minister, bestimmt was "Sicherheit und Ordnung" ist? Ein leitender Direktor (Regierungsdirektor), der nur seine Befehle ausführt? Obwohl wir durch die Besuchs- und Schreibverbote in erheblichem Maße in berechtigten "Lauerhofknast" isoliert sind, wurde eine neue Schweinerei und Schikane gegen uns eingeführt. Welche Kommunikation soll hier durchtrennt werden, Herr Minister? Wir sind weder "Mitgenossen" (was das "T" an unseren Zellentüren bedeuten soll), sondern nur befreundet. Nicht erst im Knast. Keiner darf wegen seiner politischen Gesinnung benachteiligt werden (Grundgesetz Art. 3, Absatz 3)! In diesem "Modell Deutschland" werden uns, dem Genossen Holger Schneider und mir (Bodo Johlke) -menschliche Kontakte entzogen -was Folter ist! -Isolationshaft -ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit!

Ist das "Wunder von Stammheim" noch nicht zu Ende? Ist "Selbstmord die Endlösung" des Staates? Das die Anstaltsleitung -Greif und Schmelzer- den Tod einzelner Genossen in Kauf nehmen oder propagieren, wird an unserem Beispiel perfekt! Doch die "Endlösung" hatten wir schon mal in Deutschland! In der Nazizeit, wo meine Großeltern in Auschwitz vernichtet wurden, nicht aus rassistischen Gründen, sondern nur, weil sie Kommunisten waren. Meine Mutter überlebte Ravensbrück, eine Hülle von KZ! Heute, im Jahre 1977, wird das gleiche vollzogen an meiner Person, sowie an Genosse Holger Schneider!

Nein, Herr Minister, zu "essen" bekommen wir, "Folter körperlicher Art" auch nicht, aber psychisch und physisch werden oder sollen wir fertig gemacht werden!

Einmal nach der Entlassung in diese Gesellschaft zu integrieren, haben wir aufgegeben. Die Hoffnungen haben wir beide verloren. Wir bekennen uns offen zu unserer Gesinnung und zum Kommunismus! Wir verlangen nichts weiter als gemeinsame Freistunde und Zusammenlegung auf eine Zelle, was auch unsere Rechtsanwälte fordern! Sogar die Einzelfreistunde (wir beide), die die Rechtsanwälte per Einschreiben bei der Anstaltsleitung beantragt haben, wurde uns nicht gewährt. Zur Durchsetzung unserer Forderungen, die Selbstverständlichkeiten bestreiten, sind wir gezwungen, in einen Hunger- und Durststreik zu treten! Nicht um "Selbstmord" zu suchen, sondern um wie alle Menschen, die nichts besitzen außer ihrem Leib, ihrer Arbeitskraft und der Solidarität, uns zu wehren, um Menschlichkeit zu fordern und zu behaupten. Sie sind frei in Ihren Entscheidungen, Herr Minister. Die stille "Hinrichtung" unserer Personen, weil wir uns zum revolutionären Kommunismus bekennen, hat in diesem Lande eine große und unrühmliche Tradition, nichts spräche dafür, uns anders zu behandeln als Karl von Ossietzky- Benno Ohnesorg -als die Genossinnen und Genossen Ulrike Meinhof-Gudrun Ensslin-Andreas Baader-Jan Carl Raspe-Irmgard Möller-Ingrid Schubert- und die vielen, vielen namentlich nicht bekannten Genossinnen und Genossen!

Wir fordern, Herr Minister:
-gemeinsame Freistunde (Einzelhofgang zusammen)!
-Zusammenlegung auf eine Zelle!
-zumindest gemeinsamer Umschlag!

Brief an alle, denen wir unsere Freilassung verdanken!

Nun sind wir also beide frei. Karl-Heinz seit über 4 Monaten, Roland seit 6 Wochen. Wir haben die ersten Gehversuche hinter uns. Wir fangen an, uns Stück für Stück zurückzuholen, was der Knast und die Isolationshaft von uns abgeschnitten haben. Seit Prozeßende hat sich die politische Situation immer mehr verschärft. Wir wurden in sie unmittelbar hineingestoßen. Klar, daß wir auch nur ein bißchen später für lange Zeit hinter Zuchthausmauern geblieben wären. Wir wissen trotzdem, daß wir keinen Grund haben, mutlos zu sein. Wir haben uns gemeinsam als Genossen verteidigt, uns nicht von der Justiz auseinanderdividieren lassen. Unser Vertrauensverhältnis mit unseren Verteidigern war und ist einmalig. Die Erfolge, die wir gemeinsam im Prozeß errungen haben, hatten im Grunde ziemlich banale Voraussetzungen. Sicher hat der Prozeß keinen exemplarischen Charakter, jedes Verfahren ist wieder anders. Was vielleicht nicht vergessen werden soll, ist die Fähigkeit, so zusammenzuarbeiten, daß die Unterschiede und Konflikte nicht zum Bruch führen, sondern solidarisch aufgearbeitet uns im Gegenteil stark machen.

Es ist auch etwas klarzustellen. Wir haben den toten Werner Sauber verteidigt wie uns selbst. Und es waren die Bullen, die das Feuer auf Werner eröffnet haben. Werner saß unsichtbar mit

auf der Anklagebank, er konnte nicht mehr sprechen. Wir konnten gar nichts anderes tun, als sein wirkliches Verhalten zu verteidigen. Das ist uns im Verfahren auch teilweise gelungen. Im mündlichen und vor allem im schriftlichen Urteil, das jetzt vorliegt, war das nicht mehr so. Das Gericht deckt mit seinen Freisprüchen von der Mordanklage gleichzeitig Polizei und Bundesstaatsanwaltschaft vor dem Prozeß, den wir ihnen in ihrem Prozeß gemacht haben.

Die Justiz war also nur minimal bereit, zurückzuweichen. Ohne Eure Unterstützung wäre es uns nicht gelungen, die geplante Verurteilung zu lebenslänglich zu verhindern. Eure Aktivitäten und Euer Engagement zum Prozeß haben einen Klimawechsel zur Folge gehabt, der uns überhaupt erst das Terrain eröffnete, um im Verfahren den Kampf aufzunehmen. Was wir z.Zt. sonst noch zu sagen haben, sagt am besten das Gedicht "Lob der Dialektik" von Bert Brecht:

Das Unrecht geht heute einher mit sicherem Schritt die Unterdrücker richten sich ein auf zehntausend Jahre die Gewalt versichert: so, wie es ist, bleibt es. Keine Stimme ertönt außer der Stimme der Herrschenden und auf den Märkten sagt die Ausbeutung laut: jetzt beginne ich erst. Aber von den Unterdrückten sagen viele jetzt was wir wollen, geht niemals. Wer noch lebt, sage nicht: niemals! Das Sichere ist nicht sicher. So, wie es ist, bleibt es nicht. Wenn die Herrschenden gesprochen haben werden die Beherrschten sprechen. Wer wagt zu sagen: niemals! An wem liegt es, wenn die Unterdrückung bleibt? AN UNS. An wem liegt es, wenn sie zerbrochen wird? EBENFALLS AN UNS. Wer niedergeschlagen wird, der erhebe sich! Wer verloren ist, kämpfe! Wer seine Lage erkannt hat, wie soll der aufzuhalten sein? Denn die Besiegten von Heute sind die Sieger von Morgen und aus niemals wird: HEUTE NOCH

Roland Otto

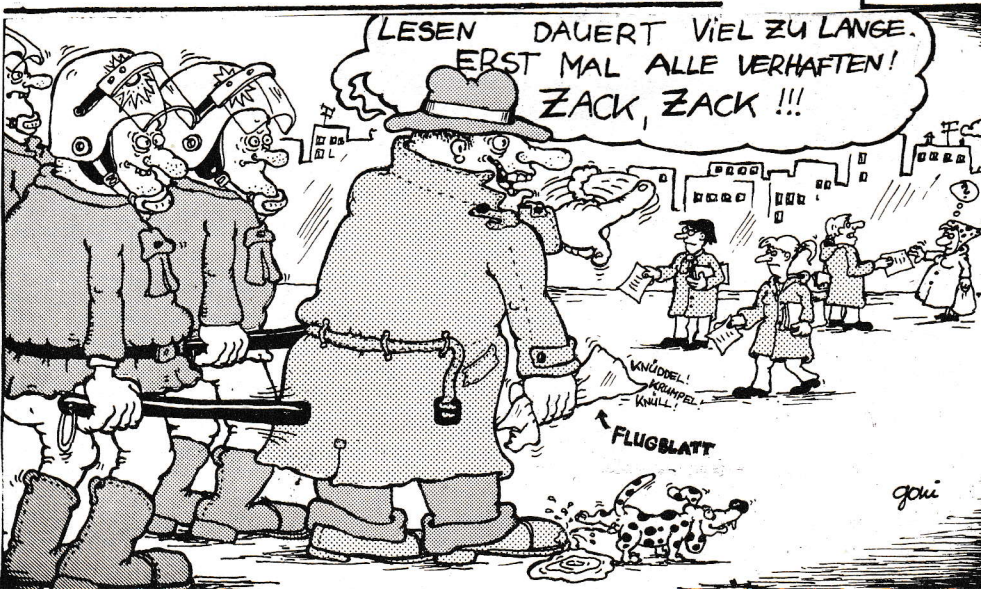
Hurra! Ich hab die Chemie Klausur bestanden. ☺

Vor Mathe hab ich wirklich

gedrückt ☺

Jaß am Ralli

ganz Klaus



MAL WAS

(13)

VON DER UNI

zwischen dem 28.11. und dem 14.12.77 haben nahezu alle universitäten, hoch- bzw. fachhochschulen gegen das hochschulrahmengesetz gestreikt. dies soll in diesem jahr an allen hochschulen eingeführt werden.

WARUM HABEN WIR GESTREIKT?

der streik der studenten wird allgemein als uni-internes problem verstanden. wir wollen zeigen, daß die probleme, die uns betreffen, in ähnlicher form auch arbeitnehmer betreffen. an folgenden punkten des hochschulrahmengesetzes wollen wir das aufzeigen.

a) ordnungsrecht

durch das ordnungsrecht soll erreicht werden, daß studenten leichter aus der uni entfernt werden können, z.b. wenn sie streiken, um ihre forderungen durchzusetzen. schon kritische zwischenfragen in den seminaren können anlaß eines ordnungsverfahrens sein, wenn sie vom seminarleiter als störend empfunden werden. das zeigt, daß die handhabung des ordnungsrechts willkürlich ist und von der laune des seminarleiters abhängt. aber in den betrieiben geht es ja ähnlich zu. auch dort gehen die bestrebungen dahin, den arbeitnehmer einzuschüchtern oder unbequemen leuten zu kündigen.

b) mitbestimmung

die ohnehin schon mageren mitbestimmungsmöglichkeiten der studenten werden abgeschafft, nur noch wirtschaftliche interessen bestimmen die lehrinhalte. kritische mitarbeiter sind für die wirtschaft nun mal nicht nützlich. folglich werden die lehrpläne "entrümpelt". in der wirtschaft ist mitbestimmung genauso wenig wie an den hochschulen gefragt. und der lehrling hat schon gar nichts zu sagen. wer trotzdem versucht, einfluß auf seine ausbildung zu nehmen, wird merken, daß er unangenehm auffällt. und wer unangenehm auffällt, fliegt raus. arbeitnehmer und studenten sollen immer mehr als maschinen funktionieren und sich reibungslos ins getriebe einfügen. der druck wird verstärkt nach dem motto: "wir haben ja sowieso genug auswahl, und wenn's dir nicht paßt kannst du gehen." bei den arbeitnehmern heißt es: "es warten genug arbeitslose auf deinen job." frauen sind von der arbeitslosigkeit weitaus mehr betroffen als männer. ein drittel aller erwerbstätigen sind frauen. nun wird den frauen wieder nahegelegt, die durch ihre erwerbstätigkeit gewonnene selbständigkeit aufzugeben und sich wieder ihren "eigentlichen" aufgaben in haushalt und familie zuzuwenden. auch alleinstehende frauen, die sich ihrer "aufgabe", eine familie zu gründen, entziehen, werden immer öfter von ihren arbeitsplätzen verdrängt. schon allein diese maßnahmen weisen darauf hin, daß unser gesellschaftssystem notwendig auf unterdrückung aufgebaut ist. notwendig, weil die interessen einer kleinen gruppe (unternehmer, manager, kapitaleigner) nur auf kosten der bedürfnisse der großen mehrheit durchgesetzt werden können. wir haben keinen vorteil, wenn die gewinne kräftig steigen, gleichzeitig arbeitsplätze wegrationalisiert werden und die reallöhne sinken. wir haben nichts davon, wenn men-

schen rausfliegen aus betrieb, gewerkschaft, ausbildung, öffentlichem dienst, nur weil sie sagen, daß ihnen etwas nicht gefällt, was vielleicht vielen von uns nicht gefällt.

die mittel, um dieses system der "sozialen marktwirtschaft" aufrechtzuerhalten (sprich der freien aneignung und vernutzung des menschen als ware arbeitskraft), sind vielfältig und äußerst ideenreich. der mensch wird in diese weit hineingebohren mit bedürfnissen nach liebe, geborgenheit, gemeinsam mit anderen etwas zu machen. aber diese seine ursprünglichen bedürfnisse kann unsere gesellschaft nicht befriedigen. sie braucht keine menschen sondern funktionseinheiten. kleine räder, die sich gleichmäßig drehen, ohne noch irgendwas in frage zu stellen. verwertbare muskelmassen. der mensch wird angepaßt. spätestens, wenn er erwachsen ist, sollte er folgendes gelernt haben: leistungsdanken (ich muß besser sein

als all die andern), konkurrenzverhalten (mit beiden ellenbogen vorwärts zum glück, ich gegen alle) autoritätsgläubigkeit (nach oben freundlich lächeln, wenn's auch schwerfällt, den rücken krumm, nach unten treten, strafen, befehlen). jetzt ist er staatsbürger, sein ideal, dem er sich annähern soll, ist die maschine, hohe arbeitsleistung, geringe wartungskosten.

da gibt es eine menge einschränkungen unserer bürgerlichen grundrechte, welche doch wohl unantastbar sind. man spricht oft von "repressionen gegen die linke". da könnte man ja meinen, das betraf einen seiter nicht. "die linken sind sowieso radikal, und die müssen zurechtgewiesen werden, damit unser staat nicht vor die hunde geht." in der tat betreffen die gesetzlichen maßnahmen vornehmlich die linken, da diese oft eine kritische einstellung haben und ihre meinung auch aktiv vertreten. vor kurzem hatte ich ein gespräch mit meiner ehemaligen hauswirtschafterin, der ich erzählte, daß ich mich mit repressionen beschäftige. ich konnte ihr klarmachen, daß die folgen der ganzen einschränkungen bürgerlicher grundrechte jeden betreffen können.

wenn man sieht, daß das geplante "einheitliche polizeigesetz" den todesschuß gegen kinder unter 14 jahren erlaubt, kann man sich kaum noch daran erinnern, daß die polizei früher einmal darauf trainiert wurde, in notwehr auf die beine zu schließen. so soll es auch erlaubt werden, jemand für 48 stunden festzuhalten, ohne daß er einen anwalt oder angehörige benachrichtigen darf.

seit 1969 starben über 50 menschen durch polizeikugeln. am 2.2.71 wurde der tankwart p.braats in westberlin durch einen aufgesetzten nackenschuß getötet, im august 71 wurde ein jugoslawischer arbeiter durch bauchschuß getötet. die polizei spricht von einem versehen...

und auch die hausdurchsuchungen sind so eine sache. wenn man denunziert wird, vielleicht von einem nachbarn, dann kommt die polizei ohne

UNI

14

einen richterlichen befehl mit der begründung "gefahr im verzug", tritt die tür ein und randalliert in der wohnung. hat man das pech, der mitgliedschaft einer "kriminellen vereinigung" verdächtigt zu werden, kann man erstmal bis zu 30 tagen im bau verschwinden.

hausdurchsuchungen sind an der tagesordnung, wohnungen werden verwüstet, der schaden wird nicht bezahlt. anspruch darauf besteht keiner.
kontaktsperregesetz: gefangene, die in zusammenhang mit einer terroristischen vereinigung gebracht werden, können für 30 tage isoliert werden. nach ablauf dieses zeitraums genügt ein richterlicher beschluß, um die isolationshaft um weitere 30 tage zu verlängern, usw. (kein kontakt zu verteidigern, kein besuch, keine post, kein radio, kein kontakt zu anderen gefangenen).

als ich erzählte, daß heute wieder bücher verboten würden, z.b. ein buch über anarchisten im vorigen jahrhundert, die damals gewalt nicht abgelehnt haben, da sprach sie gleich von der hitlerdiktatur, wo ja massen von büchern verbrannt wurden.

verboten wurden u.a.: bommi baumann "wie alles anfang", die kpd-broschüre "weg mit dem faschistischen polizeigesetz", ulrike meinhof "bambule" sowie flugblätter verschiedener organisationen.

bei uns werden heutzutage büchertransporte angehalten und durchsucht, linke buchläden von der polizei verwüstet, die agit-drucker sitzen im gefangnis, weil sie u.a. ein info-bug gedruckt haben, das angeblich zur gewalt aufruft.

im zuge einer großaktion gegen linke buchläden, die rote hilfe, büros von agit-druck, info-bug und privatwohnungen wurden drei drucker und eine druckerin der druckerei agit verhaftet (verdacht der unterstützung einer kriminellen vereinigung). agit druckt u.a. für stadtteilzeitungen, gew, postgewerkschaft, humanistische union, info-bug. drein drucker sind seit mehr als 8 wochen in haft.

heute nennt man passive gewalt, wenn ich bei einer demonstration ein tuch vor dem gesicht trage. dann kann ich schon verhaftet werden. all das und noch viel mehr hat meine ehemalige hauswartsfrau sehr beeindruckt. aber nicht gerade positiv.

prozesse gegen atomkraftgegner in grohnde wird in 34 fällen ermittelt. in brokdorf sind bereits 10 prozesse gelaufen. akw-gegner sollen 113 000,-dm für den einsatz von polizisten bezahlen, da sie sich widerrechtlich im "anti-atom-dorf" bei brokdorf aufgehalten haben und so dazu beitrugen, das lager zwangsweise räumen lassen zu müssen. 21 leute sollen je 5 384,14 dm bezahlen. rechnung: 605 polizisten, 13,-dm die angefangene stunde, 11 stunden an der "arbeit"=113 067,- dm.

sie hatte davon entweder noch gar nichts gehört, oder sie dachte, das betreffe sie nicht, sondern nur die radikalen. wer's immer noch nicht glaubt: unter die berufsverbote sind schon spa-mitglieder gefallen.

berufsverbotspraxis: 800 000 überprüfungen, ob jemand auf dem boden der "freiheitlich demokratischen grundordnung" steht oder nicht. 3000 berufsverbote. unter die berufsverbote sind u.a. schon gefallen: journalisten, kirchliche mitarbeiter, pfarrer, lokomotivführer, bademeister, friedhofsgärtner, krankenschwestern, handwerker...

Strassentheater - oder - Theater auf der Strasse?

Am Samstag vor Weihnachten veranstaltete die Stadtteilgruppe Kreuzberg 61 ein Smog-Straßentheater. Musikalisch unterstützt wurden sie dabei von den Tempelhofern mit dem Song: "Es wird Nacht nun Berliner..." (text muß hier auch irgendwo sein!)

Wir hofften, mit dieser Aktion mehr Leute anzusprechen als mit den bisher üblichen Mitteln wie Flugblätter, Veranstaltungen u.s.w.

Das Ganze sollte sich zunächst vor den Eingängen der Markthalle an der Bergmannstraße wie folgt abspielen: Zwei Leute (1w.+1m.) mit weißen Gesichtern torkeln hustend und prustend mit Einkaufstüten beladen den Gehweg entlang und fallen nach wenigen Metern zu Boden. Kurz darauf erscheint ein Krankenwagen, aus dem mehrere Gestalten in weißen Kitteln mit der Aufschrift: Smog-Alarm Gruppe herausspringen und sich um die Ohnmächtigen kümmern. Über Megaphon wird den Passanten erklärt, daß es sich um Smog-Opfer handelt und daß der in der ganzen Stadt herrschende Smog schon mehrere Opfer gefordert hat. Dann wurden die beiden auf Tragen in den Krankenwagen gebracht. Während eines der Opfer daran anschließend die Bevölkerung über die Ursachen und Folgen des Smogs aufklärt, verteilen die übrigen "Schauspieler Flugblätter. Beendet wird die Aktion mit dem "Senjorita-Schwi-Nacht Song".

Zum Ablauf des Theaters vor den Markthallen ist zu sagen, daß dort recht wenig Leute anzutreffen waren. Einige kümmerten sich zunächst besorgt um die "Umgefallenen". Als dann unser Krankenwagen erschien wurde den Leuten langsam klar, daß das Ganze nur Theater war und sie wurden ziemlich sauer, weil sie sich auf den Arm genommen fühlten.

Ähnlich verlief die Aktion vor Hertie Mehringdamm. Hier liefen jedoch wenigstens 'n paar Diskussionen mit den Passanten.

Zusammenfassend meinen wir, daß diese Aktion wohl kein großer Erfolg war, aber es läßt sich bestimmt noch was draus machen!!!

Noch'n Termin: TVIND - AUSSTELLUNG
Dauernde Energie, Alternativen zur Atomenergie
16.-20.1. Haus d. Kirche, Soekbush. 27
21.-24.1. Peter-Schneider-Haus
Schönwalderstr. 27
25.-28.1. SJS & Hohenhausenstr. 5

Gefährliches Terroristen-Nest vor den Toren unserer Stadt?

23.10.77

Kommunen-Anwälte bestätigen: Croissant war Guest- und ist lieber Freund

GESCHÜRTER "VOLKSZORN" GEGEN
LINKE KNEIPE

DÜSSELDORF 14. November Von der Kneipe "Zum alten Fährhaus":

Auch in Düsseldorf wird die Terroristenfahndung mit großem Eifer betrieben - großangelegte Hausdurchsuchungen hat es gegeben, zuletzt eine wegen des in der Zeitung "Gegenwind" nachgedruckten Buback-Nachrufes.

In Düsseldorf kann sich die Polizei auch nicht über mangelnde "Mitarbeit" der Bevölkerung beklagen - im Gegenteil, am letzten Wochenende sah sie sich sogar genötigt, eine linke Kneipe gegen den mit Eifer geschürten "Volkszorn" der Bauern in "Kappes"-Hamm, einem etwas ländlichen Stadtteil von Düsseldorf, zu verteidigen. Diesen war die Kneipe voller Langhaariger mit AKW-Nein-Plaketten schon lange unheimlich. Dann hatten sie sicher auch einiges über die Terroristen "unter uns" gehört und so beschlossen sie unter dem Einfluß des Schützenfestes zur nächtlichen Selbsthilfe zu greifen: Eine Menge von 150 aufrechten Deutschen war drauf und dran, die 30 Besucher der Kneipe "auszuräuchern" oder noch Schlimmeres mit ihnen anzustellen.

Laut Presseberichten (und wie auch aus den Kommentaren der Leute hervorging) hatte das "Signal" zu dieser Aktion eine Hausdurchsuchung am vorhergehenden Mittwoch gegeben. Die NRZ schreibt über ein Interview mit dem Polizeipräsidenten von Düsseldorf: "Daß ein massiver Polizeieinsatz am Mittwoch vergangener Woche viele Vorurteile noch verstärkt haben könnte, gibt der Polizeipräsident allerdings zu. 18 Beamte, die meisten mit Maschinenpistolen bewaffnet, waren ins "Fährhaus" eingedrungen und hatten nach linksradikalen Schriften gesucht. Ohne Erfolg. Jäger: "Gegen die jungen Leute liegt nichts vor."

Dieser Polizeieinsatz hat übrigens um 2 Uhr nachmittags stattgefunden, wenn natürlich niemand in der Kneipe ist, die "Bevölkerung" aber am meisten mitkriegt. Und daß nichts gefunden wurde, stimmt wohl auch nicht so ganz, denn immerhin wurde einiges beschlagnahmt, so eine Mappe mit ID's (wie könnte es auch anders sein). Für die Hammer (Bürger) war jetzt natürlich klar, daß ihr langgehegter Verdacht, es mit den Terroristen zu tun zu haben, der Wahrheit entsprach. Und da man dem Staat ja heute nicht mehr trauen kann, griffen sie nach dem alten Muster zur Selbstjustiz und gingen wie wild auf die Kneipe los, woraufhin dann die Polizei benachrichtigt wurde und innerhalb kürzester Zeit ein Aufgebot von 30 Streifenwagen die Kneipe vor dem "Volkszorn" schützte.

Am nächsten Abend sollen sogar 4 Hundertschaften in Bereitschaft gestanden haben, da die Polizei einen anonymen Hinweis hatte, daß an diesem Abend etwas "starten" sollte.

Die ganze Angelegenheit hat einigen Staub aufgewirbelt. Die Presse berichtete umfangreich, und sogar einige nachdenkliche

Kassel; Mandant Thomas Gehrmann, Bewohner der Wohngemeinschaft in Bleckenstedt. Am Feuerlöschbrunnen 8 a) lesen Sie im Innern dieser Ausgabe. Damit hat sich die vom KEHRWIEDER am SONNTAG Alles auf Seite 4

Rechtsanwälte eines Kommünen-Mitgliedes - per „Gegendarstellung“. Den genauen Wortlaut der Gegendarstellung (Anwaltsbüro Bernd Huesmann, Horst Korte und Knut Pfeiffer aus

Von BERTHOLD DÜCKER halten! Mehr noch: Der testeten und Demonstrationen zum Trotz: BM-Anwalt Klaus Croissant hat sich in der Kommune Bleckenstedt aufge-



Terroristin Vera Becker zu Besuch! BM-Anwalt Croissant Star-Gast!

Kommune Bleckenstedt verbreitet Schrecken

Von KONRAD KAISER Die Welt hält den Atem an: Deutsche Terroristen versuchen den Staat in die Knie zu zwingen, sie morden brutal. Und ganz in unserer Nähe, praktisch vor den Toren unserer

Stadt, in der berühmten „Kommune Bleckenstedt“, geben sich so prominente Mitglieder der Verbrecherbande wie Claus Croissant und Vera Becker heimlich ein gefährliches Stelldichein!

Der KEHRWIEDER am SONNTAG ist von einer Reihe bekannter Bürger auf das vermutlich „Terroristen-Nest“ östlich der Kreisgrenze Hildesheim hingewiesen worden. Einer der besorgten Informanten: „Es ist für mich und andere Eingeweihte unerträglich.“

Artikel über die Auswirkungen der Terroristen-Hetze waren zu finden. Das Nachspiel für uns: Wir überdachten unser Verhältnis zur Hammer Bevölkerung, verteilten ein Flugblatt, das auch einige positive Reaktionen hervorrief, und wollen auch weiterhin etwas "durchsichtiger" arbeiten. Die andere Folge ist, das jetzt plötzlich das Ordnungsamt auf uns aufmerksam geworden ist und Beanstandungen vorbringt, andererseits plötzlich von Abbruch des Hauses die Rede ist. Auch eine Unterschriftenliste gegen die Kneipe ist in Hamm zusammengestellt worden.

13. NOV. 1977

Was ist bloß mit der Kripo los?

Fortsetzung von Seite 1: bzw. von seinen Informanten geäußerte Vermutung, Croissant habe sich in der Wohngemeinschaft Bleckenstedt aufgehalten, als voll und ganz richtig erwiesen. Die Vermutung aus gleicher Quelle, daß auch die Terroristin Vera Becker Gast in der Kommune war, konnte weder bewiesen noch bestätigt werden. Es bleibt das Gerücht. Zu respektieren ist die klare Aussage der Kasseler Anwälte von Thomas Gehrmann: Vera Becker ist nie in Bleckenstedt gewesen. Bauderlich nur, daß keine der zuständigen staatlichen Stellen auskunftsbereit war. Der KEHRWIEDER am SONNTAG befragte: Die Kripo Hildesheim, die Kripo Salzgitter die

Kripo beim Verwaltungspräsidenten in Braunschweig, das Landeskriminalamt (LKA) in Hannover und schließlich das Bundeskriminalamt (BKA) in Wiesbaden. Das Deprimierende an diesen telefonischen Recherchen: Niemand erklärte sich für zuständig, einer schob die Verantwortung auf den anderen. Jeder erklärte, „etwas sagen“ zu können, es aber „nicht zu dürfen“. Bei allem Verständnis für die Nachrichtensperre, bei allem Verständnis für die „Über-Vorsicht“ bei Auskünften im Zusammenhang mit schwierigen Ermittlungen: Hier wird die Informationspflicht der Presse bewußt eingeeignet, um nicht zu sagen gestoppt. Und das - im Falle Bleckenstedt - zulasten

der Betroffenen. Man muß es sagen: Die einzigen, die in diesem Fall mehr oder weniger offen Stellung bezogen, sind die Bewohner der Wohngemeinschaft und deren Anwälte gewesen. Sie haben (wenn auch erst im zweiten Anlauf) zumindest im Punkt Croissant eine Vermutung bestätigt. Einer der KEHRWIEDER-Informanten kommentierte denn auch: „Stellt man Auftrag, Sinn und Pflicht der Journalisten dem tatsächlichen Verhalten offizieller Stellen, die bis zu einem bestimmten Grade eigentlich auch einer Auskunftspflicht unterliegen, gegenüber, könnte man ernsthaft fragen, wem ich künftig

wichtige Informationen zuleite - oder ob ich sie gleich ganz für mich behalte, um niemandem irgendwie zu schaden...“ So hätte z.B. die Kriminalpolizei schon vor Veröffentlichung des ersten KEHRWIEDER-Artikels klar bestätigen können/müssen: Croissant und Becker waren da oder waren nicht da. Unverständlich, daß eine solche eindeutige Auskunft nicht einmal dann gegeben wurde, nachdem den Kripo-Stellen die Bestätigung der Kommünen-Anwälte bekannt gemacht worden war. Drängen sich die spitzen Fragen auf: Weiß die Kripo nichts? Will sie nichts wissen? Will sie nichts sagen? Wieso dann ruft sie in einer beispiellosen Kampagne die Bevölkerung auf, sich an der Fahndung nach Terroristen zu beteiligen? Seit einigen Tagen ist vor allem das Bundeskriminalamt über und über massivster Kritik ausgesetzt. Der entführte Hanns-Martin Schleyer hat in seinem Brief an den CDU-Vorsitzenden Kohl die anklagende Frage nach der Wirksamkeit der Computer-Fahndung („ohne menschliches Hirn“) gestellt. Es muß etwas dran sein.

Terroristen an der Fachhochschule?

Die Hildesheimer Staatsanwaltschaft ermittelt im Fachbereich Sozialpädagogik der Fachhochschule Hildesheim/Holzminnen gegen die noch unbekannten Verbreiter von Flugblättern, die offenbar aus der „Terroristen-Szene“ stammen. Der Selbstmordversuch bzw. die Selbstmorde von Stammheim werden in diesem Pamphlet als Morde bezeichnet und es wird darin aufgerufen, neue Gewalttaten zu verüben, zur „Abwehr des staatlichen Antritts“

Die Staatsanwaltschaft Hildesheim stellte den Straßbestand der üblen Nachrede und Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole fest. Die Unterzeichner dieser Publikation, eine „Gruppe 18. Oktober“ gehören zum engen Sympathisantenkreis der Roten Armee Fraktion (RAF), was von staatlichen Stellen bestätigt wurde. Auch im Zusammenhang mit der Entführung des holländischen Geschäftsmannes Caransa bezeichnete sich eine „Bewegung 18. Oktober“ verantwortlich

Am 18. Oktober hatten die Stammheimer Häftlinge, Baader, Englsin und Raspe Selbstmord verübt. In der Fachbereichsleitung des Fachbereiches Sozialpädagogik kennt man jene Gruppe nicht. Es wird hier angenommen, daß es nur das großsprecherische Etikett einzelner sei. Von Seiten der Fachbereichsleitung wurde mit Nachdruck betont, daß es widersinnig sei, alle künftigen Sozialpädagogen mit Terroristen in einen Topf zu werfen. Der Kampf geht auf anderen Ebenen weiter. Aber wir lassen uns natürlich nicht so schnell klein kriegen und zumindest machen wir unsere Erfahrungen für die nächste (größere) Kneipe. Kommt mal vorbei, wenn Ihr in Düsseldorf seid!

„Zum alten Fährhaus“, Fährstr. 264, 4 Düsseldorf-Hamm

Leser schreiben dem KEHRWIEDER Wohngemeinschaft kein Terroristennest und verbreitet keinen Schrecken: Das Bauernhaus ist nicht verbarriadiert!

In Nr. 5 der Zeitung „Kehrwieder am Sonntag“ vom 23.10.77 wird auf S. 1 unter der Überschrift: „Gefährliches Terroristennest in den Mauern unserer Stadt? – Kommune Bleckenstedt verbreitet Schrecken“ behauptet, daß sich in der berühmten „Kommune Bleckenstedt“ so prominente Mitglieder der Verbrecherbande wie Claus Croissant und Verena Becker heimlich ein gefährliches Stillebzwangsgelände und daß die Wohngemeinschaft in Salzgitter-Bleckenstedt, Am Feuerlöschbrunnen 8a ein vermutliches Terroristennest sei. Diese Behauptungen sind falsch. Richtig ist dagegen, daß die genannten Personen sich in unserer Wohngemeinschaft weder heimlich getroffen haben noch treffen noch aufhalten und daß die Wohngemeinschaft in Salzgitter-Bleckenstedt kein Terroristennest ist.

Weiter wird in dieser Zeitungs-
ausgabe vom 23.10.77 auf S. 7
behauptet, daß Claus Croissant

Gegendarstellung der Wohn- gemeinschaft Bleckenstedt:

In unserer Wohngemeinschaft
Schulungen abhalte und die ge-
suchte Terroristin Verena Becker
hier zu Besuch komme. Diese
Behauptungen sind falsch. Claus
Croissant, der sich z. Z. in Frank-
reich in Haft befindet, hält in
unserer Wohngemeinschaft kei-
ne Schulungen ab und hat das
auch in der Vergangenheit nicht
getan. Eine Verena Becker war
hier nie zu Besuch.

Weiter wird in dem Artikel
behauptet, daß der nächtliche
Telefon-Terror, dem prominente
Politiker gelegentlich ausgesetzt
seien, aus dieser geheimnisvollen
Kommune komme. Diese Be-
hauptung ist falsch. Die Mitglie-
der unserer Wohngemeinschaft
rufen weder nachts noch tags-
über prominente Politiker an.

Weiter wird behauptet, daß der
alte Bauernhof sich hinter Mau-
ern, hohen Toren und alten Autos
verschance und regelrecht ver-
barriadiert sei.

Diese Behauptung ist falsch.
Das Grundstück des Bauernhau-
ses wird durch einfache Zäune
und ein ortsübliches Hektor be-
grenzt und ist von allen Seiten
einschbar.

Weiter wird die Möglichkeit ei-
ner Verbindung unserer Wohn-
gemeinschaft zur Schleyer-Ent-

führung behauptet. Eine solche
Verbindung besteht nicht.

Gezeichnet von Roswitha Lie-
big und Axel Klempin, Mieter des
bezeichneten Bauernhauses, Am
Feuerlöschbrunnen 8a, 3320
Salzgitter-Bleckenstedt.

*
Anmerkung der Redaktion:

Diese Gegendarstellung
der Wohngemeinschaft Blek-
kenstedt ist uns von den han-
noverschen Rechtsanwälten
Henning Plähn und Wolfgang
Müller zugeleitet worden. Wir
sind zu der Veröffentlichung
verpflichtet, ob der Inhalt den
Tatsachen entspricht oder
nicht.

Wir sind allerdings für
diese Gegendarstellung sehr
dankbar; bestätigt sie doch
in weiten Teilen die Richtig-
keit des beanstandeten
KEHRWIEDER-Artikels:

1. Der KEHRWIEDER am
SONNTAG hat mit keiner
Zeile behauptet, daß die
Wohngemeinschaft Blecken-
stedt ein Terroristennest ist.
2. Es ist zweifelsohne rich-
tig, daß sich die Terroristen
Claus Croissant und Vera

Becker in der Wohngemein-
schaft „weder heimlich ge-
troffen haben noch treffen,
noch aufhalten“. Beide befin-
den sich schließlich in Haft.
Müssen denn die beiden oder
einer allein unbedingt „heim-
lich“ in der Kommune gewe-
sen sein? Claus Croissant ist
in Bleckenstedt gewesen; er
soll dort sogar dem „Beirat“
(oder einer ähnlichen Institu-
tion) der Wohngemeinschaft
angehören bzw. angehört ha-
ben. Ob man solche Aufent-
halte in der Kommune dann
„Schulungen“ nennt, oder sie
schlicht als „Besuche“ be-
zeichnet, ist unter'm Strich
unerheblich. Freilich fielen
die Visiten (oder die Visite)
Croissants in die Zeit vor sei-
ner heimlichen Flucht nach
Frankreich. Und welche Rolle
der Ex-Anwalt im Entfüh-
rungsfall Schleyer gespielt
haben soll, darüber ist ja
wohl ausführlich genug be-

richtet und spekuliert wor-
den.
3. Nicht wir, die Redaktion,
sondern „eine Reihe promi-
nenter Politiker aus Salzgitter
und Umgebung“ haben in
dem Artikel ihre Überzeu-
gung geäußert, daß der
nächtliche Telefon-Terror
aus dieser Kommune kommt.

richtig und spekuliert wor-
den.
3. Nicht wir, die Redaktion,
sondern „eine Reihe promi-
nenter Politiker aus Salzgitter
und Umgebung“ haben in
dem Artikel ihre Überzeu-
gung geäußert, daß der
nächtliche Telefon-Terror
aus dieser Kommune kommt.

Am Samstag 16.00
FEUERWACHTEN
PLENUM. Adresse
muß erfragt werden
Wichtigste nächste Woche
steht der 1. Prozeß an
Warum so geheimnis-
voll, es wird doch alles
abgehört

BÜRGERINITIATIVE „Senjorita“ von Noto Jürgens ENERGIEPLANUNG UND UMWELTSCHUTZ

Stadtteilgruppe Tempelhof

"Die Tempelhofer Stadtmusikanten"

Senjorita Schowi Nacht Song

1) Es wird Nacht nun Berliner
und der Smog kommt zu dir
kommt durch's Fenster in dein
Bettchen
und will 'ne Menge von dir
dein Leben vielleicht
deine Gesundheit unterwandern
er kommt nicht nur zu dir
sondern auch zu den andern

ref La, la, ...
Smogalarm in der Stadt
la, la, ...
damit jeder von der BEWAG
was hat

2) Strom gibt's bis zum Jahr' 2000
der reicht für Hannover dazu
die BEWAG hat Interessen
Gewinne steigen immerzu
eine Preiserhöhung vielleicht
6 % jedes Jahr
daß für's neue Kraftwerk es reicht
wie Prognosen entstehen ist jetzt klar

ref

3) Ihr saht uns jetzt hier liegen
doch heut' war's nur gespielt
wenn wir uns jetzt nicht wehren
wird's ein alltägliches Bild
wir müssen was unternehmen
sonst gibt's bald nur noch Schlote
Abgase unsere Lungen lähmen
Tag für Tag mehr Smogtote

ref La, la, ...
Leute reißt euch ein
la, la, ...
ein neues Kraftwerk darf
nicht sein!!!



Warum haben wir die Seite zusammengelegt?

Der Artikel aus dem Frankfurter Nachrichtendienst
spricht für sich. Die anderen Zeitungssetzen stam-
men aus einem Provinzblatt, das sonst nur als rei-
nes Anzeigenblatt über Gemüsepreise und dergleichen
berichtet.

Die Bleckenstedt-Leute riefen zu einer Demonstration
in Hildesheim (30Km südlich von Hannover) auf. Eine
Bekannte aus Hildesheim, die an der Demonstration
teilgenommen hatte, schrieb uns, daß die Passanten
dermaßen aggressiv gewesen seien, daß die Bullen
die Demonstranten vor Übergriffen der erzürnten Be-
völkerung schützen mußten.

Jetzt müßte die Verbindung beider Artikel hergestellt
sein.

Wir wollen nicht jammen und paraneua verbreiten, son-
dern wir meinen, daß eine Dynamisierung der RAF-Ak-
tionen eingesetzt hat. Also etwas, nämlich aktiver
Volkszorn, was nicht direkt vom Staat gesteuert wird.
Diese "Eigeninitiativen" machen uns Kummer. Deshalb
sollten wir nachforschen, ob es noch mehr Beispiele
gibt, wo Bürger mehr als nur anonym denunzieren.

Kleinanzeigen

Wir verschenken einen großen Kühlschrank
und suchen für nen Menschen im Knast ne
Schreibmaschine 4941967

Tausend schlaffe Grüße an die festgefrorenen Tempeln die uns beim
Lay out nicht geholfen haben, besonders an Herrn H.

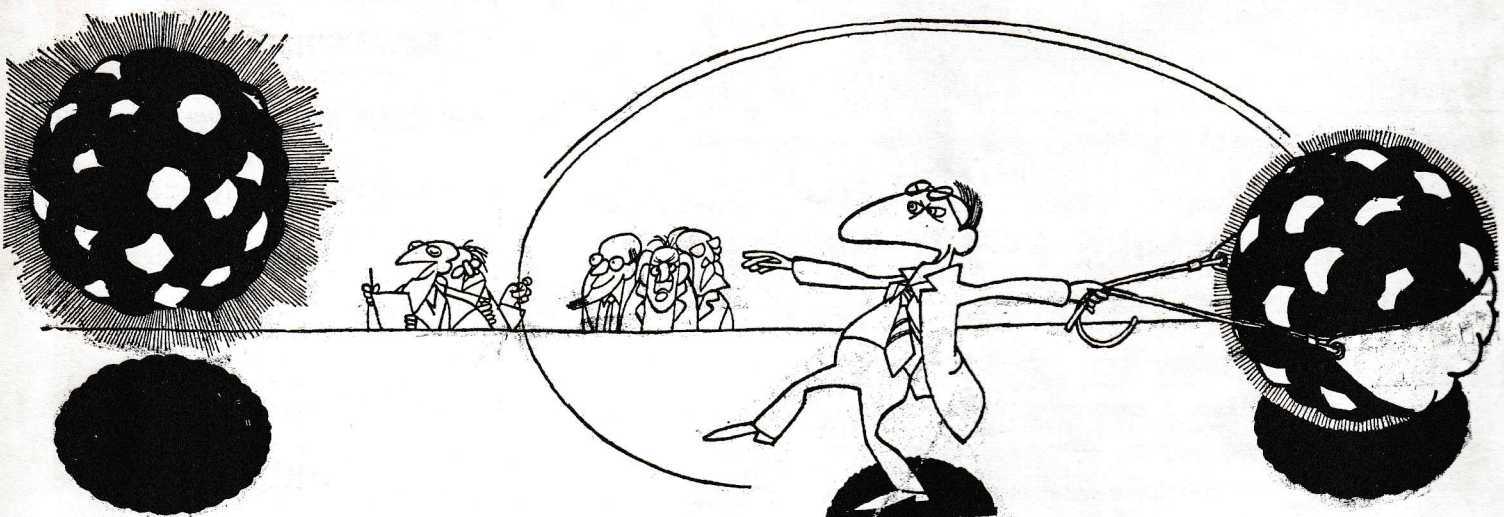
Wir suchen eine Kellerwohnung, mög-
lichst im Süd-Osten von Kreuzberg!
muß aber auch billig sein, im Rauch-Haus
Beschreibung sagen bei Oaf!



Bürgerinitiativen schützt eure MALEREIEN

Da haben wir, die Tempelhofer Stadtteilgruppe der
BI Energieplanung und Umweltschutz den Arsch hochge-
kriegt, was uns viel Mühe gekostet hat, und eine ast-
reine Atomsonne an eine S-Bahn-Mauer am Sachsendamm
gemalt - und was passiert? Irgendwelche Gehirnpu-
tasie hat kann einen Hammer, vielleicht noch ne Sichel
erkennen. Als ob wir damit was zu tun hätten. Wir tun
zwar fressen und picheln aber hammern und sicheln?
Unser Krimalexperte ist sich sicher, daß die KWU
(Kraftwerksunion) dahintersteckt. Allerdings kann
der Täterkreis nur Farbgeschäftsinhaber erweitert
werden, weil die wissen, daß wir unsere
reparieren werden und dabei Farbe klaufen (immer
diese Tippfehler) müssen.

Demnächst wollen wir Sonnenkollektoren und Wind-
räder bauen, noch immer Straßentheater machen, frucht-
bar diskutieren und so weiter. Wir treffen uns noch
immer mittwochs 19.30 Götzstraße 24 im ev. Gemeinde-
zentrum.



EXXON NUCLEAR G.m.b.H.

Ein bekannter Name steht für Ihre Zukunft:

Innerhalb der ESSO-Organisation sind wir ein Konzern-Unternehmen der EXXON Corporation, New York, und bauen jetzt auch in Deutschland eine

Fertigungsanlage für Kernkraft-Brennelemente

Wir suchen den Kontakt zu praxiserfahrenen Spezialisten aus dieser Branche oder aus Bereichen mit vergleichbaren Aufgabenstellungen. Ihnen bieten wir

mittlere Führungspositionen

auf den Gebieten

**Produktion
Qualitätswesen
Objektschutz
Arbeitssicherheit
Strahlenschutz**

Englische Sprachkenntnisse sind sehr vorteilhaft.

Wir rechnen mit einer zunehmenden Expansion, die unseren qualifizierten Mitarbeitern zusätzliche Chancen bringt.

Der Tradition und dem Stil unseres Hauses entsprechend honorieren wir gute Leistungen außergewöhnlich.

Bitte richten Sie Ihre Bewerbung mit tabell. Werdegang, Lichtbild, Zeugniskopien, Angabe zu Einkommensvorstellungen und Eintrittstermin an

EXXON NUCLEAR G. m. b. H.

Pollersand - Industriepark Süd

Postfach 14 65

4450 Lingen (Ems)

Sie können unter Tel. 05 91 / 40 90 gern ein Vorgespräch mit Herrn Personalleiter Schuppe führen.

Wünschen Sie einen neutralen Kontakt, steht Ihnen Herr Mell vom beauftragten MMC-Stellenmarkt-Service zur Verfügung.



Das werden wir verhindern

Stellenmarkt-Service

- Partner für Beruf und Karriere -

MMC K. Sexauer KG., 5064 Rösrath b. Köln, Tel. 0 22 05/51 25



Ich grüße G. Seyfried



NICHT VERGESSEN

Erinnerung

Kraftwerk-Baupläne im Rathaus Neukölln ausgelegt

Die Unterlagen zum Bau des in Neukölln geplanten Spitzenlast-Kraftwerkes werden einer Mitteilung des Bezirksamtes zufolge bis zum 1. März im Rathaus in der Karl-Marx-Straße 83-85 ausgelegt. Diese Auslegung ist im Bundesimmissionsschutzgesetz vorgeschrieben und erfolgt in der Verantwortung der Senatsverwaltung für Gesundheit und Umweltschutz. Wie das Bezirksamt ausdrücklich erklärt, habe es einer Nutzung der Rathaus-Räume zu diesem Zweck zugestimmt, um den Neuköllner Bürgern eine Einsicht in die Unterlage ohne weiten Weg zu ermöglichen. In einer Pressemitteilung heißt es weiter, man lege Wert auf die Feststellung, daß das Bereitstellen der Räume nicht mit einer grundsätzlichen Zustimmung zum Bau des Spitzenlast-Kraftwerkes gleichzusetzen sei. (Tsp)

Radioaktivität bei Explosion in US-Kernkraftwerk freigesetzt

Waterford (AP/ddp). Auf dem Gelände des Atomkraftwerks Millstone Point bei Waterford im US-Bundesstaat Connecticut hat am Dienstag eine Explosion die Tür eines Gebäudes abgerissen, einen Arbeiter leicht verletzt und Radioaktivität in unbekannter Menge freigesetzt. Ein Sprecher des Werks erklärte, eine gesundheitliche Gefährdung der Öffentlichkeit sei jedoch nicht gegeben. Drei Stunden zuvor hatte sich schon eine kleinere Explosion auf dem Gelände zugegetragen. Nach Darstellung eines Sprechers ereignete sich die Explosion aus ungeklärter Ursache bei einem chemischen Verfahren, bei dem radioaktives Material durch Holzkohle gefiltert wird. Das Kernkraftwerk stellte nach dem Unglück seinen Betrieb ein.

verunglückter Arbeiter war nur geringer Strahlung ausgesetzt

Waterford (AP). Ein bei der Explosion im Kernkraftwerk Millstone Point bei Waterford (US-Bundesstaat Connecticut) am Dienstag verletzter Arbeiter befindet sich nach Angaben der behandelnden Ärzte in guter Verfassung. Der Arbeiter hatte sich bei der Detonation Schnittwunden zugezogen und war auch geringfügiger radioaktiver Strahlung ausgesetzt gewesen. Die Strahlung habe etwa 20 Millirem entsprochen, einer Menge, wie sie bei einer Röntgenuntersuchung freigesetzt werde, erklärten die Mediziner. Ein Sprecher der amerikanischen Aufsichtsbehörde für Kernkraftwerke NRC teilte jetzt mit, daß es ähnliche Explosionen wie die in Millstone Point schon früher in sieben anderen derartigen Anlagen gegeben habe. Die betroffenen Atomkraftwerke seien durchweg mit Gasventilationssystemen ausgerüstet gewesen und bei allen Vorfällen habe es sich um Wasserstoffexplosionen gehandelt, sagte der Sprecher. Ursache sei stets das zufällige Aufeinandertreffen von reinem Wasserstoff und reinem Sauerstoff gewesen. Nach dem Unglück war - wie berichtet - sogleich mitgeteilt worden, daß eine gesundheitliche Gefährdung der Öffentlichkeit nicht gegeben sei. Inzwischen wurde eine Untersuchung des Vorfalls eingeleitet. Das Kernkraftwerk wurde vorläufig geschlossen.

Warnung Schlesingers vor dem Einsatz „Schneller Brüter“

München (dpa). Der amerikanische Energieminister Schlesinger hat alle Länder aufgefordert, den kommerziellen Einsatz des Kernreaktortyps „Schneller Brüter“ vorläufig zurückzustellen. Schlesinger erklärte in einem Interview des ARD-Magazins „report“, zunächst sei es nötig, das Plutonium aus diesen Anlagen so gut zu kontrollieren, daß es niemals für die Produktion von Atomwaffen gebraucht werden könne. Die Entscheidung Präsident Carters, den Bau eines „Schnellen Brüters“ praktisch auf Eis zu legen, verteidigte Schlesinger auch damit, daß die Anlage „falsch entworfen“ und „überholt“ sei. Auf die Frage, ob die Bundesrepublik denn nicht auf die Aufbereitung von Reaktor-Brennstoff angewiesen sei, antwortete Schlesinger: „Wenn die USA kein verlässlicher Verbündeter wären und keine verlässliche Bezugsquelle für Reaktor-Brennstoff, dann würde die Bundesrepublik in der Tat große Probleme haben. Aber das ist doch nicht so.“ Tsp, 4.10.11

Vier Anwälte als Pflichtverteidiger für Lorenz-Prozess abgelehnt

Kammergericht befürchtet „Verfolgung verfahrensfremder Zwecke“

Top. Berlin. Der Vorsitzende des Ersten Strafsenats des Berliner Kammergerichts hat vier Berliner Anwälte als Pflichtverteidiger beim bevorstehenden Prozess gegen die mutmaßlichen Lorenz-Entführer und Drenckmann-Attentäter abgelehnt. Die Anwälte gehören zu den Unterzeichnern eines Telegramms an Bundesjustizminister Vogel in dem 17 Berliner Rechtsanwälte Zweifel geäußert hatten, daß sie beim Tod der Terroristen Baader, Raspe und Gudrun Ensslin in der Stammheimer Haftanstalt um Selbstmord gehen delft habe.

Dieser Vorfalle zeige, führt der Senat, sitzend in seinem Beschluß aus, daß es Anwälte vor allem um die Befreiung einer Hetzkampagne gegen staatliche Stellen gegangen sei. Sie ließen die Möglichkeit zu, sachgerechten Wahrnehmung ihrer Interessen ihrer Mandanten vermissen; es sei zu befürchten, daß sie auch künftig verfahrensfremde Zwecke verfolgen würden. Ihre Auswahl als

Pflichtverteidiger könne dem Vorsitzenden nicht zugemutet werden. Grundsätzlich ist ein Vorsitzender nach § 142 der Strafprozeßordnung frei in der Auswahl der Pflichtverteidiger. Bisher wurden jedoch meistens Anwälte, die das Vertrauen der Angeklagten genossen, auch als Pflichtverteidiger bestellt, um Spannungen zwischen Angeklagten und Verteidigern zu vermeiden. Die Anwälte Kolb, René, Lobstörfer und Müllerhoff, die sich als Pflichtverteidiger gemeldet hatten, können jetzt nur noch als Wahlverteidiger auftreten. Sie und ihre Mandanten bezeichnen die Anwälte, die gegen den Willen der Angeklagten bestellt werden, als „Zwangsverteidiger“. Der Beschluß des Ersten Senats, der gestern bekannt wurde, ist unterzeichnet vom derzeitigen Vorsitzenden des Ersten Senats, der Vorsitzende dieses Senats der den Lorenz-Drenckmann-Prozess durchführen soll, wird aller Voraussicht nach der bisherige Vorsitzende der 14. Landgerichtskammer, Friedrich Geus.

RA's hatten wir anwendung der STPO zurück!
§ 142 V 4 b. m. i. s. ch:
Gerade Sie wollen uns die STPO klar machen. Ach, hä!

Der Staat schießt nicht ernsthaft mit Kanonen auf Spatzen (RAF 2.6.77)
So schießt er nur zur Übung. Seine wahren Ziele sind größer. Die Indizien sind die gemeintzielschaben

Bomben gegen Delikatessengeschäft

„Fauchon“ in Paris völlig zerstört — Zwei Sprengladungen explodiert

Paris (dpp). Zwei Explosionen haben gestern das bekannte, größte Pariser Luxus-Delikatessengeschäft „Fauchon“ am Place de la Madeleine zerstört. Nachdem gegen 6 Uhr zwei Sprengladungen explodierten, brach ein Feuer aus, das das Geschäft im Erdgeschoß vollkommen zerstörte und in den beiden darüberliegenden Stockwerken umfangreichen Sachschaden anrichtete. Die sechs Angestellten, die sich in dem Gebäude befanden, konnten unverletzt das Haus verlassen.

In dem „Feinschmeckertempel“, der Delikatessen aus aller Welt anbietet, wurden Waren im Wert von mehreren Millionen Franc vernichtet. Das Feuer breitete sich hauptsächlich wegen der großen Alkohol-Lagerbestände im Erdgeschoß schnell aus. Das im Jahr 1896 gegründete Delikatessengeschäft wurde bereits in der Vergangenheit von links-extremistischen Gruppen als Symbol des „Luxus, der Konsumgesellschaft und der Klassenschranken“ attackiert. Im Mai 1970 war das Geschäft von einem Kommando überfallen und ausgeraubt worden.

42 Festnahmen in Frankfurt
Frankfurt a. M. (dpa/AP). Mit der vorbereitenden Festnahme von insgesamt 42 jun-

gen Leuten endete in der Frankfurter Innenstadt am Wochenende ein kollektiver Einkaufsbummel, zu dem nach Angaben der Polizei ein an der Universität verteiltes Flugblatt aufgerufen hatte. Am Morgen des verkaufsoffenen Sonntags hatten sich nach Darstellung der Polizei zahlreiche junge Leute in der City zusammengedrängt und in einem Kaufhaus ein „Happening“ veranstaltet, bei dem sie sich in der Bettenabteilung eine Kissen-schlacht lieferten. Die von der Geschäftsleitung alarmierte Polizei nahm dort 26 Personen fest. Der in dem Kaufhaus angerichtete Schaden belief sich nach Auskunft der Geschäftsleitung gering. Wenig später habe eine Gruppe von 100 Personen versucht, ein Feinkostgeschäft in der Innenstadt zu stürmen. Die Mitarbeiter des Geschäfts hätten sich aber von innen gegen die Tür gestemmt, so daß niemand eindringen konnte. Als Beamte eintrafen, seien die Akteure geflüchtet. Gegen Mittag hätten sich dann erneut größere Gruppen gebildet, die wieder auf die Hauptverkaufsstraße „Zeil“ zueilten. Erneut habe die Polizei eingegriffen und diesmal 16 Personen festgenommen. Schon am dritten verkaufsoffenen Sonntag war es zu ähnlichen Störungen gekommen.

Die Unabhängigkeit eines Richters von früher geäußerten Ansichten

Kammergericht lehnt Befangenheitsantrag gegen Bräutigam alias „Riedel“ ab

Der erste Strafsenat des Kammergerichts hat gestern einen Befangenheitsantrag von Rechtsanwalt Spangenberg gegen den Ermittlungsrichter beim Kammergericht, Hansgeorg Bräutigam, als unbegründet zurückgewiesen. Bräutigam hatte jahrelang unter dem Pseudonym „Georg Riedel“ Artikel und Kommentare in der „Berliner Morgenpost“ geschrieben. In einem anderen hatte er beklagt, daß sich ein „Wahlstand nicht selbst von seinen schwarzen Schalen“ betören könne. Im November, zwischen Ermittlungsrichter beim Kammergericht, hatte Bräutigam ein vorläufiges Teilbefragungsprotokoll gegen Rechtsanwalt Spangenberg verfaßt, gegen den wegen Unterbrechung einer kriminellen Vereinigung ermittelt wird.

Spangenberg, dem vor allem vorgeworfen wird, eine „Hungerstreikklärung“ seines Mandanten Fritz Teufel an die Presse gegeben zu haben, hatte durch Zitate aus Artikeln Bräutigams seine Befürchtung begründet, daß der Richter eine vorgefaßte Meinung haben könnte. Zur Ablehnung des Befangenheitsantrages führte der erste Senat jetzt aus, daß sich Bräutigams Beiträge in der Springer-Zeitung nie direkt mit der Person Spangenberg befaßt hätten. Außerdem sei der Autor zu der Zeit, als er die besprochenen Artikel verfaßt habe, noch nicht Ermittlungsrichter gewesen.

In dem Beschluß heißt es wörtlich: „Es ist selbstverständlich, daß ein Richter, sobald er unmittelbar persönlich mit einem bestimmten Verfahren befaßt wird, unabhängig von etwa früher in einem anderen Zusammenhang geäußerten Ansichten auf seine eigene, sorgfältige Prüfung der Sache beruhen und entscheidet.“
Dieser Grundsatz war im Herbst 1976 angewandt worden, als die Staatsanwaltschaft einen Befangenheitsantrag gegen den Vorsitzenden der 9. Strafkammer des Landgerichts gestellt hatte. Richter Poelchau, der eigentlich die Wiederholung des Schmeider-Prozesses hätte leiten sollen, hatte vor längerer Zeit in einem Leserbrief an den „Spiegel“ eine Äußerung des damaligen Generalstaatsanwalts Subjekt kritisiert und die Unabhängigkeit der Richter betont. Er wurde von seiner eigenen Kammer ausgeschlossen.
Am 16. Dezember, einen Tag nach der Veröffentlichung des Tagesspiegels über Bräutigams Mitarbeit bei der „Morgenpost“, war „Georg Riedel“ nach längerer Pause wieder — und gleich mit zwei Beiträgen — in der Springer-Zeitung vertreten. In einem verworfenen Urteil des Kammergerichts, der Kammerrichter scheint entschlossen, diese Nebenaktivität fortzusetzen; auch gestern erschien wieder ein Urteilsbericht von ihm.

Befangenheit ist eine Zier
sich muß nur zeitgemäß sein.
Memento
Frühschoppen-
„Heim“ vom 8.1.

Terroristin erstattet Strafanzeige wegen der Vorfälle in Stammheim

Top. Berlin. Die Berliner Rechtsanwältin Alexandra Goy hat zusammen mit dem Wahlverteidiger im Baader-Meinhof-Prozess, Heidemarie, und drei weiteren Anwälten im Auftrag der Terroristin Ingrid Möller Strafanzeige beim Landgericht Stuttgart erstattet, wegen des Verdachts des verurteilten Möllers, an der in Stammheim inhaftierten Terroristin Ingrid Möller, Frau Möller war am 18. Oktober in ihrer Stammheimer Zelle schwer verletzt aufgefunden worden. Sie hatte Schwere Verletzungen in der Brust. Nach ihren Angaben habe sie keinen Selbstmordversuch unternommen. „Er hat auch zu keinem Zeitpunkt zwischen Gudrun Ensslin, Carl Raspe und Andreas Baader und mir eine Vereinbarung, um einem gemeinschaftlichen Selbstmord gegeben, heißt es in einer Erklärung Frau Möllers, die in der Strafanzeige enthalten ist.

Bei den Festgenommenen handelte es sich nach Auskunft eines Sprechers der Staatschutzabteilung um die rechtmäßigen Inhaber der Personalpapiere, die bei den beiden Terroristen entdeckt worden waren. Die Durchsuchung ihrer Wohnungen ergab keine neuen Verdachtsmomente. Die Festgenommenen wurden daraufhin, nachdem sie erkenntnisdienlich behandelt worden waren, wieder entlassen. Sie sind, wie der Sprecher betonte, bisher bei der Polizei noch nicht in Erscheinung getreten, nicht im Umfeld der Sympathisantenzone von Terroristen. Nach den Aussagen der Festgenommenen hätten sie ihre Ausweise in der Zeit von Dezember 76 bis September 77 verloren. Diese Angaben wurden von der Polizei überprüft. Die Ausweisbesitzer hatten sofort nach Verlust ihres Ausweises die Polizei informiert.

Eier gegen Kultusminister

Mit einem Hagel von Eiern deckten protestierende Studenten gestern auf dem Frankfurter Universitätsgelände den hessischen Kultusminister Hans Krollmann (SPD) und die bildungspolitischen Sprecher der drei Landtagsfraktionen ein. Die Politiker waren auf dem Wege zu einer Diskussionsveranstaltung des Universitätsrats über die Anpassung des hessischen Hochschulrechts an das Hochschulrahmengesetz. Die Diskussion fand trotz der Eierwürfe statt.

Anklage gegen Chotjewitz

Fulda (dpa). Gegen den Rechtsanwalt und Staatsanwalt Peter O. Chotjewitz hat die Staatsanwaltschaft Fulda beim Schöffengericht Bad Hersfeld Anklage erhoben. Ihm wird vorgeworfen, durch Verbreiten von Schriften zum bewaffneten Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und zur Bildung krimineller Vereinigungen aufgefordert zu haben. Chotjewitz hatte nach eigenen Angaben im April 1977 die Hungerstreik-Erklärung von Gudrun Ensslin an etwa 30 bis 40 Schriftsteller versandt. In dieser Erklärung ist der Aufruf zitiert: „Der Widerstand bewaffnen. Die Illegalität organisieren. den ant imperialistischen Kampf offenbaren.“ In der Anklageschrift wird außerdem, daß Chotjewitz dem dreiköpfigen „Rechtshilfefonds für die Verteidigung politischer Gefangener“ angehört. Treuhänder dieses Fonds ist der inhaftierte Anwalt Croissant. Als Baader 1970 in Berlin festgenommen worden sei, habe er einen Personalausweis sowie einen Führerschein auf den Namen des Schriftstellers besessen.
In Berlin war es kürzlich zu einer politischen Kontroverse gekommen, nachdem das Bezirksamt Charlottenburg sich gegen eine Lesung des Schriftstellers in öffentlichen Gebäuden des Bezirks gewandt hatte.

Nicht mehr des Zweibrücker Bombenanschlags verdächtig

Koblenz (dpa). Wieder auf freiem Fuß und die acht Männer und Frauen, die Verdächtige waren, am 31. Oktober 1977 einen Bombenanschlag auf das Gebäude des Oberlandesgerichts Zweibrücken verübt zu haben. Der Haftbefehl wurde nach Mitteilung des Generalstaatsanwalts auf Antrag des Ermittlungsrichters außer Vollzug gesetzt. Auf Grund der bisherigen Ermittlungen besteht kein dringender Verdacht im Hinblick auf den Sprengstoffanschlag, sagte der Generalstaatsanwalt. Die Ermittlungen würden jedoch fortgesetzt; sie konzentrierten sich jetzt auf den Verdacht, eine terroristische Vereinigung gegründet oder unterstützt zu haben.

Im Fall des erschossenen Jordanians Zeuge vernommen

Im Rahmen des neu aufgenommenen Ermittlungsverfahrens nach Fall eines von der Polizei erschossenen Jordaniers wurde jetzt von der Staatsanwaltschaft ein Zeuge vernommen. Wie berichtet, war der 37-jährige Jordanier — verdächtig, einen Raubüberfall begangen zu wollen — am 27. Juni durch einen Schuß getötet worden. Als Schütze war von der Polizei ein 33-jähriger Kriminalhauptmeister angegeben worden. Der jetzt vernommene Zeuge, vom Anwalt der Verlobten des Erschossenen präsentiert, hatte schon bei einem ersten Ermittlungsverfahren andere Angaben als die von der Polizei veröffentlichten gemacht, jedoch nicht aussagen wollen. Das Verfahren wurde daraufhin eingestellt, wenige Monate später jedoch auf Antrag des Anwalts wieder eröffnet, nachdem der Zeuge sich zu Aussagen bereit erklärt hatte. Einzelheiten der staatsanwaltschaftlichen Vernehmung wurden nicht bekannt.

In Telefonzellen gefangen

Von einem Unbekannten wurden in den Abendstunden des Mittwoch zwischen 20 Uhr 04 und 21 Uhr 54 in der Umgebung der Winterfeldstraße und der Crellstraße in Schöneberg sechs Personen in Telefonzellen eingeschlossen. Der Täter, der dabei geschickt vor, daß die Opfer, die gerade telefonierten, nicht bemerken, daß sie eingeschlossen wurden. Der Unbekannte verwendete zum Öffnen der Zellen Schlüssel der Post. Erst nach 20 bis 30 Minuten konnten die Eingeschlossenen befreit werden. Auch die Polizei, die von Passanten alarmiert worden war, nicht den passenden Schlüssel hatte und dieser erst vom Fernmeldeamt in der Winterfeldstraße geholt werden mußte.

Verena Becker legt Revision ein

Stuttgart/Utrecht (dpa). Der Verteidiger der Terroristin Verena Becker, Funke (Frankfurt), hat gestern gegen die Verurteilung seiner Mandantin zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe beim Bundesgericht in Karlsruhe Revision eingelegt. Funke auf Anfrage zur Begründung erklärte, daß die Fünfte Strafsenat des Stuttgarter Oberlandesgerichts (OLG) in dieser Woche zu Ende gegangenen Verhandlung nach Auffassung der Verteidigung gegen die Strafprozeßordnung verletzt. In seinem Revisionsantrag vertritt der Anwalt, daß das Gericht keine „gewissenhafte Aufklärung und Beweisführung“ durchgeführt habe.

Auch Folkerts legte Berufung ein

Der im holländischen Utrecht wegen Polizistenmordes zu 20 Jahren Haft verurteilte deutsche Terrorist Knut Folkerts hat gegen das Urteil Berufung eingelegt. Wie ein Sprecher des Gerichts in Utrecht am Freitag bestätigte, wird über die Berufung zu einem noch nicht feststehenden Termin in Amsterdam verhandelt.

Mehr Demonstrationen

101 Demonstrationen und damit erheblich mehr als 1976 registrierte die Polizei im vergangenen Jahr. 1976 waren es 80 Aufzüge. Nur zwei verliefen nach Angaben der Polizei „unfriedlich“, während es 1976 immerhin fünf waren. Bei diesen beiden „unfriedlichen“ Demonstrationen handelte es sich im April um eine Demonstration antirassistischer Gruppen sowie um eine Demonstration einer Frauengruppe gegen die Strafverfolgung von Frauen. Im Zeitraum zwischen 1976 und 1977 registrierte die Polizei 12 Kundgebungen (1976 12) registrierte. Hierin wurden 6 „unfriedliche“ Kundgebungen verzeichnet.

Ermittlungen gegen Professoren

Bremen (dpp). Die Staatsanwaltschaft Bremen hat gegen 16 Hochschullehrer der Universität Ermittlungen aufgenommen wegen Verdachts der Beleidigung, der Volksverhetzung sowie der Verunglimpfung des Staates und des Andenkens Verstorbener. Die 16 Hochschullehrer gehen zu den 48 Unterzeichnern eines in West-Berlin veröffentlichten Artikels, der sich mit dem Göttinger „Buback-Nachruf“ auseinandersetzt.

Leiter der Sittenpolizei in Rotterdam abgelöst

Rotterdam (AP). Der Leiter des Rotterdamer Sittenzerns, Chefspektor Kalma, ist in seiner Funktion abgelöst worden, weil er sich im Oktober an einer Demonstration vor dem Konrad-Adenauer-Denkmal beteiligt hatte, auf der die Demonstranten den deutschen Bundespräsidenten vorwarfen, Andreas Baader, Jan Carl Raspe und Gudrun Ensslin ermordet zu haben.

Verena Becker legt Revision ein

Stuttgart/Utrecht (dpa). Der Verteidiger der Terroristin Verena Becker, Funke (Frankfurt), hat gestern gegen die Verurteilung seiner Mandantin zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe beim Bundesgericht in Karlsruhe Revision eingelegt. Funke auf Anfrage zur Begründung erklärte, daß die Fünfte Strafsenat des Stuttgarter Oberlandesgerichts (OLG) in dieser Woche zu Ende gegangenen Verhandlung nach Auffassung der Verteidigung gegen die Strafprozeßordnung verletzt. In seinem Revisionsantrag vertritt der Anwalt, daß das Gericht keine „gewissenhafte Aufklärung und Beweisführung“ durchgeführt habe.

Auch Folkerts legte Berufung ein

Der im holländischen Utrecht wegen Polizistenmordes zu 20 Jahren Haft verurteilte deutsche Terrorist Knut Folkerts hat gegen das Urteil Berufung eingelegt. Wie ein Sprecher des Gerichts in Utrecht am Freitag bestätigte, wird über die Berufung zu einem noch nicht feststehenden Termin in Amsterdam verhandelt.

Mehr Demonstrationen

101 Demonstrationen und damit erheblich mehr als 1976 registrierte die Polizei im vergangenen Jahr. 1976 waren es 80 Aufzüge. Nur zwei verliefen nach Angaben der Polizei „unfriedlich“, während es 1976 immerhin fünf waren. Bei diesen beiden „unfriedlichen“ Demonstrationen handelte es sich im April um eine Demonstration antirassistischer Gruppen sowie um eine Demonstration einer Frauengruppe gegen die Strafverfolgung von Frauen. Im Zeitraum zwischen 1976 und 1977 registrierte die Polizei 12 Kundgebungen (1976 12) registrierte. Hierin wurden 6 „unfriedliche“ Kundgebungen verzeichnet.

Ermittlungen gegen Professoren

Bremen (dpp). Die Staatsanwaltschaft Bremen hat gegen 16 Hochschullehrer der Universität Ermittlungen aufgenommen wegen Verdachts der Beleidigung, der Volksverhetzung sowie der Verunglimpfung des Staates und des Andenkens Verstorbener. Die 16 Hochschullehrer gehen zu den 48 Unterzeichnern eines in West-Berlin veröffentlichten Artikels, der sich mit dem Göttinger „Buback-Nachruf“ auseinandersetzt.

Kameras in Bankfilialen

Vom 1. Januar an sollen die rund 4000 Bank- und Kassenfilialen in der Bundesrepublik mit versteckten Einzelbildkameras ausgerüstet werden, die bei Überfällen Bankräuber unauffällig fotografieren. Das Kreditgewerbe hat sich jetzt auf solche Einzelbildkameras verständigt, nachdem Versuche gezeigt hatten, daß Fernsehbilder aufzeichnende Videokameras nicht die gewünschten scharfen Fahndungsfotos liefern. Die Einzelbildkameras, die pro Stück etwa 2000 DM kosten, sollen so angebracht werden, daß sie bei einem Bankraub nicht sofort durch Schüsse ausgelöscht werden können. Ähnlich wie die Alarmanlagen können die Kameras, die während des Überfalls pro Sekunde ein Bild liefern, durch versteckte Auslöser in Gang gesetzt werden.

Politische Plakate beschlagnahmt

Würzburg (dpp). Auf Anordnung der Würzburger Staatsanwaltschaft haben Kriminalbeamte in der Wohnung des Leiters der Würzburger Studiobühne, Schulz, Plakate mit dem Gedicht „Der Todesvogel“ beschlagnahmt, auf dem der Bundesadler abgebildet war. Die Staatsanwaltschaft gestand, daß die Plakate beschlagnahmt auf Grund des Paragraphen 90 a des Strafgesetzbuches vorgenommen. Danach macht sich strafbar, wer durch Verbreiten von Schriften die Farben, das Wappen oder die Hymne der Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder verunglimpft. Schulz spricht in seinem Gedicht von „Todeskrallen über dem Land“, vom „geliebten Land, das gefesselt liegt“, und „das verhöhrt wird“.

Ein Todesopfer bei Anschlag auf Fahrkartensautomaten in Hamburg

Hamburg (dpa/AP). Zwei Frauen wurden in der Neujahrnacht in Hamburg Opfer ihres eigenen Anschlages auf Fahrkartensautomaten in einem U-Bahnhof der Stadt. Wie die Polizei mitteilte, wurde eine 26-jährige Studentin durch Trümmer und den Explosionsdruck getötet, ihre 22-jährige Freundin wurde lebensgefährlich verletzt. Während überall Raketen zischten und Knallkörper explodierten, hatten die Frauen nach Auskunft der Polizei fünf Minuten nach Mitternacht einen explosiven Stoff, möglicherweise Benzin, in zwei Fahrkartensautomaten in der Eingangs-halle des Bahnhofs geschüttet. Die Automaten explodierten mit einer solchen verheerenden Wirkung, daß auch die Bahnhofshalle stark beschädigt wurde.

Ich grüße die Freaks vom FB 21 an der TU
Münche, liebste die vollständig
Inklusion?

Kleine ANZEIGE

Dringend gesucht ein Adolf Hitler,
dem die Verantwortung für die Verrathshandlungen der roten
Regierung, aber auch für die kommende Wirtschaftskrise
und die gegenwärtige Inflation zugeschoben werden kann!

**WIR WOLLEN'S
ANDERS**

Nummer 1 erschienen!
Zeitung über/für/von Selbsthilfe-
gruppen . U.a. Berichte aus Chris-
tiana, über Lip, Harmonie usw.
Die WIR WOLLEN'S ANDERS Nr. 1 und
Nullnummer könnt ihr beziehen über
die ASE-Bonames (Am Burghof 20,
6000 Frankfurt 56), indem ihr
2,50 DM + 50 Pfg Porto auf das Kon-
to Adolf Ettling, Deutsche Bank,
Ffm-Bonames, Kto. Nr 266/5479 über-
weist.

Im DDR-Zuchthaus Bautzen starb ein aus der Bundes-
republik stammender Häftling an den Folgen eines Herz-
infarktes, weil ihm eine halbe Stunde keine ärztliche Hil-
fe zuteil wurde. (Meldung in der Nachrichtensendung
"Heute" des 2. Fernsehens vom 2. 12. 77).

"Suche Seegrasmattmatze 160 x 200 cm,
auch in kleinen Teilen(nicht unbedingt
unsonst).Tel.821 56 42(Christiane)

1-Zi.Wohnung in 1/36 ab sofort frei.
88 DM Miete.Übernahme von Kühlschrank,
Küchen- und Wohnzimmerschrank u.a.für
ca 100 DM.
zu verkaufen :1 neuen Staubsauger
Tel.618 59 76

du(christiane),das mit dem geld war nicht
nötig.wir verwenden es für's BUG oder für's
agit-komitee.

**BUNDESKRIMINAL AMT SUCHT ZUM
1. HÄRZ VERTRAUENSPERSONEN MIT MUHH
und ABENTEUERLUST. BEZAHLUNG gem.
BAT II Zuschriften BKA Wiesbaden.**

Wir sind noch im Klärungsprozess, ob
wir eigentlich ne Fabriketage suchen,
aber, wer eine weiß, kann sich ja
IMPRESSUNG melden. 7521941

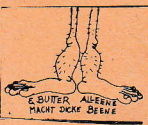
Frechredakteur:Karl Knoblauch
Verantwortlich für Innenpolitik:Hans Maikäfer
Auslandskorrespondenz:
Layont Prescherjeff,Moskau Hey Arno!
Qua-Beh-Weh,Peking Wo bleibst du mit
Zensur:V-Schutz dem Titelblatt?
Layout:Karl Kaos
Anzeigen:Klein Schmutz
Druck:Kartoffeldruck in Eigenarbeit
Herausgeber:Bürgerinitiative Pressefreiheit
Stadteilgruppe Tempelhof(U-Boot)
Verlag:Klammheimlich & Sumpf
Vertrieb:Flaschen & Pfeifen AG
Auflage:2500
Inhaltsangabe:entfällt,da es soviel Arbeit macht
V.i.S.d.P. Gert Müller
Kaiserin-Augusta-Straße 79
1000 Berlin 42

Für Flugblätter und Bomben,die in's BUG einge-
legt werden,übernehmen wir keine Haftung.Text-
stellen,die den Anschein erwecken,das sie gegen
irgendwelche Gesetze verstoßen,sind bösartige
Verleumdungen und beruhen auf dem Irrglauben
der Staatsschutzorgane.

**MEHA! Sei nicht frustriert- unser Gruppe
kommt bestimmt ganz groß raus! WORAUS?**

die Rote Hilfe München hat eine Dokumentation
über Rolf Pohle erstellt.
Da die RH München an einer großen Öffentlichkeit
auch außerhalb München interessiert ist,gibt es
die Doku,vor allem, weil Januar der Prozeß gegen
Rolf Pohle anlauft,für DM 2,- + Versandkosten
(in Briefmarken),die über folgende Kontaktadresse
zu beziehen ist:
Kollektiv
Rote Hilfe München
c/o Stadtteilzentrum
Milbertshofen
Nitzschestr. 7b
8000 München 40

wir brauchen dringend drei kinderwagen.bitte brief
an fedja holz (keine ansichtskarte),koopnick-
str.154 Sf,I-36.gracias.



Viel Liebes, Grüße, Küsse
und @'s an die Anke
und in mein weiten
und auch an Katzen,
Mauselund Bernd u. Kathrin
Peter

Im BRD-Zuchthaus Barmen (Bayern) starb ein - ebenfalls
aus der Bundesrepublik stammender - Häftling an den
Folgen eines Herzinfarktes, weil der Anstaltsarzt erst
nach einer dreiviertel Stunde zu Hilfe kam. (Keine Mel-
dung).

ANZEIGE

texte der raf

in den texten wird untersucht:

- die entwicklung und funktion der brd seit 1945 für das us-staatensystem:
ihre rolle als frontstaat innerhalb der eindämmungsstrategie der usa gegen-
über der sowjetunion und als organisator der amerikanischen hegemonie in
westeuropa.
- die funktion, die die sozialdemokratie bei der herstellung der innerstaat-
lichen friedhofsruhe als bedingung dieses prozesses innehat: dh ihre funk-
tion bei der paralysierung von ausserparlamentarischem widerstand.
- die entwicklung der studentenbewegung an vietnam zu antiimperialistischem
widerstand, ihre zersplitterung und integration als ausgangspunkt von
bewaffnetem widerstand in der metropole brd.
- der politisch/militärische zusammenhang zwischen metropolenguerilla und
den befreiungsbewegungen der 3. welt.
- die bedeutung, die das stammheimer verfahren - bzw der versuch des staats-
schutzes, es mit allen mitteln (sondergesetze, kriminalisierung der vertei-
digung usw.) zu entpolitisieren - für die erkenntnis des faschistischen pro-
zesses in der brd im in- und ausland hatte.
- aufbau und funktion der psychologischen kriegsführung als teil des seit
sieben jahren laufenden versuchs, revolutionäre politik, antiimperialistischen
kampf in der metropole brd und ihre wirkungen im bewusstsein des volkes durch
personalisierung und psychologisierung zu vernichten und damit die folterungen
und morde an den gefangenen vorzubereiten und durchzuführen.
wesentliches moment dabei ist die charakterisierung der struktur der RAF
durch bundesanwaltschaft, medien usw.,als die einer faschistischen bande.
einige texte - wesentlich zeugenaussagen von mitgliedern der RAF im stammhei-
mer verfahren - gehen auf die funktion dieser projektionen des staatsschutzes
ein und erklären die struktur der RAF, deren wesentliches moment kollekti-
vität ist.

Kriminalkommissar Pfeifenkopf, 33, gibt Auskunft:

Wer ADOLF HITLER PLATTEN ausleiht, stiehlt oder
entleiht und sie nicht anhört oder auswendig lernt,
aber zerbricht und krummbiegt, und die krummgeboge-
nen und zerbrochenen platten von fingerabdrücken säu-
bert und einpackt und per post dem geschädigten oder
beschädigten zurücksendet und nen entsprechenden war-
nenden brief dazulegt
wird wegen diebstahl, sachbeschädigung, Nötigung,Miß-
brauch der Postwege, krimineller Vereinigung, Wider-
stand gegen die zukünftige Staatsgewalt usw. be-
straft
wenn xx sie/er erwischt wird!!!!
Wir fordern alle BUG-Leser auf, sich nicht so zu
verhalten. sondern so.....

denk
dram - erinnere dich,
freud dich, lieb dich Peter.

Liebe UGE! Ich schenke dir mein
HILFESCHMEINER WIDE
eine 6 Wdhg suche n
wir jetzt 1 Tausch mit
3 Zi in 30: 2 Zsch mit
Stelle fon 493 4762
UTE GRÜST JOHANN



Hört doch auf zu heulen!
Es hat doch erst
angefangen!

Hab mein Herz
unter anderem
in Göttingen
gelassen.
Liebe Carmen

Schreibe dir bei
Sei gegenged
Thea